

Blattpreis 55 Pf., monatlich 1.60 M.
im voraus zahlbar. Postzeitung 4.32 Pf.
einschließlich 50 Pf. Postzeitung und
72 Pf. Postbezugsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Drucksachen-
porto 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Samstags und Sonntags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ Illustrierte Beilage „Doll
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stichtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzige Kampfbroschüre 50 Pf.
Kampfbroschüre 5.— M. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf.
jeweils zwei festgedruckte Worte, jedes
weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1/4 Text.
Stellengrüße das erste Wort 15 Pf.,
jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Einberufung 2. wochent-
täglich von 9 bis 17 Uhr.
Der Betrag schließt sich das Recht der
Wählung nicht genehmigt Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37533. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, D. V. u. D. G. - G. G., Depostenk. Jerusalemstr. 65-66.

„Spartakiade“ verboten!

Erfolg der neuesten kommunistischen Bluttaten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Sofort nach Bekanntwerden der kommunistischen Ueberfälle hat beim Minister des Innern unter Einziehung des Polizeivizepräsidenten Dr. Weik, der den zur Zeit beurlaubten Polizeipräsidenten vertritt, eine Besprechung stattgefunden. Als Ergebnis dieser Besprechung hat der Stellvertretende Polizeipräsident auf Grund der durch den kommunistischen Ueberfall neu entstandenen Lage die Spartakiade verboten. Das Verbot wird mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

Sozialdemokratischer Schutzpolizist von Kommunisten ermordet!

Am Dienstagabend haben kommunistische Demonstranten in der Frankfurter Allee die Polizeibeamten mit Steinhagel und scharfen Schüssen überschüttet und dabei einen Oberwachmeister der Schutzpolizei — einen freigeberisch-organisierten Beamten — durch Bauchschuß ermordet. Selbstverständlich haben sich die Mörder in der Menge verdrückt. Heute schon werden sie wahrscheinlich von der kommunistischen Presse als „Polizeispindel“ beschimpft werden, bis sie, wie Herr Moschowsky von Moskau, nach Rußland in Sicherheit gebracht sind.

In diesem Verantwasten angeblicher „Hungerdemonstrationen“, die mit schwerem Blutvergießen enden, liegt augenscheinlich System. Aus Köln wird berichtet, daß dort vor den Arbeitsämtern Zettel mit folgender Aufschrift verteilt wurden:

„Nieder mit dem Mörder Bauhnicht und seiner Soldateska! Der feige Arbeitermörder und kapitalistische Zuhälter Bauhnicht glaubt, für sich und seine Hungerknechte einen Freiheitsbrief zu haben zum Erschießen von hungernden Arbeitern. Proleten! Diese Verbreute muß beseitigt werden. Schießt er auf uns aus dem Hinterhalt schießen, schießen wir auch aus dem Hinterhalt. Leben und Leben!“

Es ist einwandfrei erwiesen, daß diese Aufforderung zur Ermordung von Polizeibeamten von Kommunisten ausgeht. Sie ist drucktechnisch in der gleichen Weise hergestellt wie alle vorausgegangenen Flugschriften der Kommunisten und Rotfrontier!

Auch die Krawalle in der Berliner Universität wollen die Kommunisten zu ähnlichen Dingen ausnutzen. In einer Versammlung kommunistischer Studenten, zu der auch sozialdemokratische Studenten eingeladen waren, wurde in unglaublicher Weise die gewaltsamen Vorgehen geheißt. Auf die Frage eines sozialistischen Studenten, ob man denn wirklich Straßenkämpfe herbeiführen wolle, wurde offen erklärt, die Kommunisten würden ihre Studenten „durch ihre Erwerbslosen“ schützen lassen! Tatsächlich ist auch versucht worden, auf den Stempelstellen die Erwerbslosen zu Demonstrationen vor der Universität zu verleiten. Bisher jedoch ohne Erfolg.

Jeder vernünftige Mensch wird sich fragen, welchen Zwecken diese Hege dienen soll. Man weiß aus Erfahrung, daß es im kommunistischen Lager immer einmal Zeiten gibt, in denen „verrückte Spiele“ die große Mode ist. Eine solche Zeit scheint wieder angebrochen zu sein. Verschiedene Strömungen in der KPD laufen gegeneinander, und der Erwerbslose muß das eine Opfer sein, der Polizeibeamte in schwerer Pflichterfüllung das andere.

Die Kommunisten hatten ihre Spartakiade angemeldet und jede Verpflichtung unterschrieben, daß sie „ganz unpolitisch“ und „rein sportlerisch“ sein solle. Die Reichspresse tabte seit Tagen darüber, daß Minister Severing die schon einmal verbotene Spartakiade auf Grund der hundertfachen Zusicherungen der Verantwortlichen wieder zugelassen habe.

Anderer Kreise der Kommunisten scheinen an dem ruhigen Verlauf eines Sportfestes kein Interesse zu haben. Deshalb veranstalten sie ihre Bürgerkriegsübungen, um das zweite Verbot zu erzwingen. Sie arbeiten den Rechtsparteien direkt in die Hände. Schimpfen die letzteren auf Severing, weil er weislich das Sportfest genehmigte, so haben die Kommunisten Gelegenheit, über den „Sozialfaschisten“ zu schimpfen, weil er angesichts der neuen Gewalttaten im Interesse der Sicherheit der Berliner Bevölkerung zu einem anderen Entschluß kommen mußte.

Es sah so aus, als ob die Kommunisten ein neues Verbot herbeiführen wollten, um die öffentliche Meute nicht eingestehen zu müssen. Jetzt haben sie ihr Ziel erreicht und können nun mit dem Brustton der Ueberzeugung von Vergewaltigung schreiben. Daß der Weg dazu aber wieder über Leichen gehen muß, ist ein Zeichen für die Verrohung, die unter der Einwirkung Moskauer Methoden bei den deutschen Kommunisten Platz gegriffen hat.

Die spanischen Wahlen.

Der sozialistische Sieg. — Die Partei vor der Entscheidung.

(Von unserem Madrider Korrespondenten.)

Madrid, 30. Juni. (Durch Telephon.)

Genau zweieinhalb Monate nach dem Sturz der Monarchie hat das spanische Volk die Abgeordneten zu der verfassunggebenden Nationalversammlung seiner zweiten Republik gewählt. In vollster Ruhe und Ordnung sind diese Wahlen vor sich gegangen. Nichts von Volkssturm, von kommunistischen oder syndikalistischen Unruhen. Auch nichts von Gewalttaten der völlig zerschlagenen monarchistischen clerikalen Reaktion. Dafür aber eine Wahlbeteiligung, wie sie Spanien noch niemals gesehen hat. In Madrid 70 bis 80 Prozent. Unter der Monarchie wurden nur selten 70 Prozent erreicht. Es gibt kein besseres Zeichen für das Erwachen des Volkes aus dem langen Schlaf der politischen Uninteressiertheit, in dem es die Partotita des alten Regimes gehalten hatte. Das kommende Parlament soll die Grundgesetze des neuen Staates festlegen und das aufgeweckte Volk beteiligt sich mit Leidenschaft — wenn auch in vollster Ordnung — an dem geistigen Kampf um diese Fundamente der Zukunft. Spanien beweist, daß es reif ist für die Demokratie. Hier liegt die weitaus größte Bedeutung der letzten Wahlen. Hinter diese Tatsache tritt die Verteilung der Mandate selbst zurück.

Die Erregung der Massen war bei den Kommunalwahlen des April viel stärker. Damals ging es darum, mit dem Stimmzettel die jahrhundertalte Dynastie zu stürzen. Damals ging es um ein negatives Ziel. Jetzt war eine positive Aufgabe zu lösen. Vielleicht entsprach diesem Unterschied die geringere äußere Begeisterung und der dafür zutage tretende größere Ernst. Die Luft war nicht mehr mit so dramatischer Stimmung geladen wie zweieinhalb Monate zuvor. Weil dem so war, hatten vor allem diejenigen Parteien die Wählermassen auf ihrer Seite, die das Aufbauende in ihrem Programm am stärksten betonten. Die Sozialisten liefen allen den Rang ab. Ihr konstruktives Programm wies am klarsten den Weg in die Zukunft. Das wurde bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein erkannt. Wäre es anders gewesen, dann hätten die sozialistischen Kandidaten nicht eine so ungeheure Zahl von Stimmen auf sich vereinigen können. Die sozialistische Partei ist der einzig brauchbare Ball gegen den Radikalismus der stark anarchistisch angekränkelten Syndikalisten. Diese Erkenntnis hat ihr überall neue Anhänger und Stimmen verschafft. Nicht etwa nur die sozialistische Organisation der Gewerkschaften hat diesmal gesiegt, sondern mindestens ebenso bedeutend für den Erfolg der Partei war das sozialistische Programm und die sozialistische Idee.

Auf dem rechten Flügel, oder besser gesagt, in der Mitte der Schlachtreihen der neuen Abgeordneten steht die Gruppe des jetzigen Außenministers Lerroux, die nicht ganz so stark aus den Wahlen hervorgeht wie die Sozialistische Partei. Die Presse feiert Lerroux bereits als den kommenden Ministerpräsidenten, den Mann des Ausgleichs, der in der Lage sein soll, sowohl mit der Rechten Alcala Zamoras und Miguel Maura zu regieren als auch mit der Linken, mit den Radikalen und den Sozialisten. Vielleicht aber ist diese Rechnung falsch. Noch stehen die Ergebnisse des ersten Wahlsonntags nicht endgültig fest. Aber es läßt sich schon heute sagen, daß eine Mehrheit der ausgesprochenen Rechten und der Mitte kaum möglich ist. Lerroux Partei dürfte rund 100 Sitze erhalten. Die Gruppe Alcala Zamoras wird es auf 50 bringen. Ebenjoviel werden voraussichtlich alle anderen Rechtsgruppen und Grüppchen auf sich vereinigen. Das ergibt 200 Abgeordnete. Dem gegenüber steht die Linke mit der gleichen Mandatszahl. Die Sozialisten dürften rund 120 Sitze für sich buchen, die Radikalen unter Alvarez wahrscheinlich 40 bis 50. Rechnet man zu den Mandaten der Sozialisten und Radikalen die der meist sehr links stehenden Katalanen hinzu, so ergeben sich für die Linke ebenfalls etwa 200 Sitze. Danach bilden die Anhänger des Kriegsministers Azana, die „Republikanische Aktion“, die selbst nur mit etwa 30 Mann in das Parlament einzuziehen wird, aber sicherlich durch andere kleine Gruppen noch eine Verstärkung auf 40 bis 50 Mann erhält, das Zünglein an der Waage. Im allgemeinen rechnet man damit, daß diese „Republikanische Aktion“ mit Lerroux durch dick und dünn gehen wird. Wir haben bestimmte Gründe, das zu bezweifeln. Einer ihrer maßgebenden Männer versicherte uns dieser Tage erst, daß die Aktion niemals bereit sein würde, Rechtspolitik zu machen. So stellt sich die parlamentarische Lage so dar, daß zwar eine Linksaktion mit Lerroux ohne weiteres möglich ist. Sie würde sich

Frankreich will politische Garantien

Rückfragen Washingtons in Berlin.

Der amerikanische Botschafter in Berlin sprach am Dienstag zur Klärung gewisser Rückfragen, die auf Grund der Pariser Verhandlungen von Washington aus gestellt waren, wieder bei dem Reichskanzler vor.

Neuerdings hat die französische Regierung trotz des Widerspruches der amerikanischen Regierung auch die Frage der politischen Garantien wieder aufgerollt. Man fordert eine Garantie gegen die Herbeiführung der Fokunion und wünscht Garantien dafür, daß Deutschland das Freijahr nicht zur Verstärkung seiner Marine und der Reichswehr benützt.

Keine Fortschritte in Paris.

Paris, 30. Juni. (Eigenbericht.)

In den französisch-amerikanischen Verhandlungen waren auch am Dienstag Fortschritte nicht zu verzeichnen. Neue Besprechungen haben am Dienstag nicht stattgefunden, da der amerikanische Schatzsekretär zunächst neue Besprechungen aus Washington abwartet, bzw. der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand durch die Interpellationsdebatte im Senat in Anspruch genommen wurden.

Die Presse fordert die französische Regierung weiter auf, in den drei Fragen, über die bisher keine Einigung zu erzielen war, Zugeständnisse nicht zu machen.

Belgien antwortet anders als Frankreich.

Brüssel, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die belgische Antwort an den amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, die am Mittwoch nach Washington über-

mittelt wurde, knüpft keinerlei Bedingungen an die Annahme des amerikanischen Planes. Sie gibt lediglich der Bitte Ausdruck, die besonderen Rechte Belgiens aus dem Young-Plan sowie seine schwierige Finanzlage zu berücksichtigen. Sie unterscheidet sich dadurch grundsätzlich von der französischen Antwort, wie die beiden Regierungen in dieser Frage

überhaupt getrennte Wege gegangen

sind. Das ist ein weiterer Schritt in dem Prozeß der Loslösung Belgiens von der französischen Politik.

Im Verlauf der Verhandlungen, die Belgien zwecks Berücksichtigung seines Standpunktes bisher geführt hat, ließ es zunächst unterstreichen, daß es nichts verlangt, was das eigentliche Ziel des Hoover-Planes, nämlich die Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands irgendeine beeinträchtigen könnte. Belgien fordert also während des Freijahres keine deutschen Zahlungen. Es ist andererseits aber der Meinung, daß das Wort abkommen, nach dem Deutschland an Belgien bis auf weiteres einen jährlichen Betrag von 2 1/2 Millionen Mark zu zahlen hat, außerhalb des Young-Planes steht und deshalb auch während des Freijahres durchgeführt werden muß. Außerdem vertritt die belgische Regierung, Deutschland zur Fortsetzung wenigstens eines Teiles seiner Sachleistungen zu bewegen. Ferner verlangt sie von England die Stundung der Jahrestilgung mehrerer kleinerer Wiederaufbauanleihen. Endlich bemüht man sich um die Stundung der Jahreszahlung der in Amerika aufgenommenen Bankanleihen. Wenn diese Bemühungen erfolgreich sind, was zweifelhaft ist, könnte der für Belgien auf Grund des Hoover-Planes eintretende Einnahme-Ausfall auf ungefähr die Hälfte — das sind etwa 35 Millionen Mark — herabgesetzt werden.

(Weitere Redaktionen siehe auch 3. Seite.)

auf einen gewaltigen Block, fast auf eine Dreiviertel-Majorität fröhlich können, wogegen eine Rechtskoalition nur von der Hand in den Mund zu leben vermöchte.

Die Sozialisten haben für den 10. Juli einen außerordentlichen Parteitag einberufen. Auf diesem wird darüber entschieden werden, ob sich die Partei weiterhin an der Regierung beteiligen oder ob sie bald oder in absehbarer Zeit ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen soll. Die Meinungen sind geteilt, doch dürfte im Augenblick die Ansicht überwiegen, daß es für eine Partei, die einen derartigen Aufschwung genommen hat wie die spanische Sozialdemokratie, unmöglich ist, sich im Augenblick von der Regierung zurückzuziehen. Eine wichtige Rolle wird bei der Entscheidung die Gegnerschaft einiger Sozialistenführer gegen Verroug spielen. Man ist in weitesten Kreisen der Sozialisten nicht geneigt, den heute von der ganzen republikanischen Presse als den guten Staatsmann gepriesenen Verroug als Chef einer Koalitionsregierung anzuerkennen. Es ist zu hoffen, daß sich durch diese Zwistigkeiten und die Personenfrage keine innenpolitischen Komplikationen ergeben. Der Sieg der Linken ist ganz offenkundig. Man muß Spanien wünschen, daß es nun auch die Früchte seiner disziplinierten Wahlen erntet.

Nachwahlen am 5. Juli.

Madrid, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die Nachwahlen zur spanischen Kammer werden in zwei Etappen vorgenommen werden. Am Sonntag, dem 5. Juli, müssen diejenigen Abgeordneten erstritten werden, die am letzten Sonntag wegen des Fehlens der notwendigen Stimmenzahl von mindestens 20 Proz. der abgegebenen Stimmen den Winderbeuten nicht zugesprochen wurden. Die Nachwahl für die durch den Verzicht der doppelte gewählten Abgeordneten freigewordenen Mandate soll kurz nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung erfolgen.

Die Kommunisten haben in ganz Spanien nur 14 000 Stimmen erhalten.

Sozialistischer Vormarsch in Ungarn.

Selbst in den Dörfern bei öffentlicher Stimmabgabe!

Budapest, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Die ungarischen Parlamentswahlen wurden am Dienstag in den Bezirken mit öffentlicher Stimmabgabe beendet. Sie hatten folgendes Ergebnis: Einheitspartei (Partei der Regierung) 138 Mandate, Christlichsozialistische Wirtschaftspartei, die ebenfalls der Regierungskoalition angehört, 21 Mandate, Unabhängige Landwirte 5 Mandate und Nationalradikale 1 Mandat. Die Parteiloosen erhielten 16 Mandate. In 18 Bezirken sind Stichwahlen erforderlich. Da die Parteiloosen zum größten Teil ebenfalls regierungsfreundlich sind, hat die Regierung durch die öffentliche Abstimmung eine überwiegende Mehrheit erhalten. Die Zahl der in öffentlicher Wahl für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen beziffert sich auf rund 85 000.

Ueber den großen moralischen Erfolg der Sozialdemokratie in den Dörfern berichtet der rechtsradikale „Magyar-szag“ wie folgt: „Der Sozialismus hat in den Dörfern tiefe Wurzeln geschlagen. In den Dörfern, in denen man vor einigen Jahren vom Sozialismus noch nichts wußte, wurde die rote Fahne gehißt. Die Sozialdemokraten sind die wirklichen Sieger des Wahlkampfes.“

In den Bezirken mit geheimer Wahl dauern die Wahlen noch an.

Große Koalition in Baden.

Das neue Ministerium.

Karlsruhe, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Der Badische Landtag nahm am Dienstag die Wahl der neuen badischen Regierung vor. Die bisherigen Minister hatten in Anbetracht des Beschlusses der Koalitionsparteien, in das Kabinett die Deutsche Volkspartei einzubeziehen, ihre Ämter niedergelegt. Gewählt wurden zum Minister des Innern der sozialdemokratische Abgeordnete Emil Raier mit 54 von 71 abgegebenen Stimmen, zum Justizminister der bisherige Innenminister Wittemann, zum Kultusminister der bisherige Finanzminister Dr. Schmitt; zum Finanzminister der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Mattes. Staatsräte wurden der sozialdemokratische Abgeordnete Rückert und der Zentrumsabgeordnete Heurich. Zum Staatspräsidenten wurde mit 53 Stimmen Justizminister Wittemann, zu seinem Stellvertreter Innenminister Raier gewählt.

Der bisherige sozialdemokratische Kultusminister Kemmle hatte auf die Wiederwahl zum Minister von sich aus verzichtet. Er wird schon demnächst eine führende Stellung innerhalb der badischen Sozialdemokratie übernehmen.

Preußens Beispiel.

Bayrische Gesandtschaft in Berlin aufgehoben.

München, 30. Juni.

Ämtlich wird gemeldet:

Aus Anlaß der Aufhebung der preußischen Gesandtschaft in München hat nunmehr auch die bayerische Regierung den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Ritter von Proger von seiner Dienstausgabe als bayerischer Gesandter bei Preußen entbunden.

An seiner Stellung gegenüber dem Reich und dem Reichsrat, wie auch im übrigen ist eine Aenderung nicht eingetreten.

Entzweite Brüder.

Stennes-Mann schießt auf Hitler-Mann.

Der „Angriff“, der sonst nicht müde wird, die SA-Kaufbolde als die von „Rotmord“ und „Reichskammerlingen“ verfolgte Unschuld hinzustellen, muß jetzt ein seltsames Ereignis berichten: In Krossen a. d. Oder wurde der SA-Mann Fiedler von dem Stennes-Mann Sektow durch einen Revolvererschuß niedergestreckt.

Der Fall ist für den „Angriff“ besonders peinlich, weil Sektow noch vor kurzem Ständartenführer in der hitlerischen SA gewesen ist. So muß dann der „Angriff“ schmerzhaft über die Wandlung des Sektow sein Ersauern ausdrücken, der noch vor kurzem „ein anständiger und ehrlicher Mensch“ gewesen sei.

Wozel tausend sonstige SA-Leute würde der „Angriff“ plöglich als Kaufbolde erkennen und keineswegs mehr als anständige Menschen ansehen, wenn sie aus der SA austreten würden?!

Die braune Landplage.

Selbst das Landvolk von Thüringen ruft um Hilfe.

Weimar, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Der Thüringer Landbund hat an den thüringischen Minister des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

„Am Sonntag, dem 28. Juni d. J., fand in Bippachsdorfhausen, Kreis Weimar, ein „Deutscher Tag“ der Nationalsozialisten statt, zu dem u. a. auch dadurch eingeladen worden war, daß die Posthilfsstelle in Ballstedt den Landbundeszeitungen in unerlaubter Weise entsprechende Flugblätter der Nationalsozialisten beigelegt hatte. Während der öffentlichen Kundgebung kündigte der nationalsozialistische Abgeordnete Wächter den Redner Jahn in einer Bemerkung an, nach der Jahn früher Mitglied des Hauptvorstandes des Thüringer Landbundes gewesen sei. Diese Behauptung hatte bereits vorher in der nationalsozialistischen Presse gefunden und war von uns, weil sie der Wahrheit widerspricht, am Tage vorher bereits richtiggestellt worden. Jahn selbst gab bei Beginn seiner Rede an, daß die Behauptung falsch sei. Auf die wahrheitswidrige Behauptung Wächters fiel aus einer Gruppe von Junglandbündlern der Jurist „Büge“. Wächter unterbrach seine Ausführungen und antwortete: „Wir werden Ihnen schon die Antwort geben!“ Nach Mitteilung unseres Vertrauensmannes Wiegandt sind zwei Zeugen bereit, zu bekunden, daß Wächter direkt zu Täuschlichkeiten aufgefordert hat. Eine größere Anzahl uniformierter Nationalsozialisten stürmte auf die Aufforderung Wächters auf die Junglandbündler ein, die auf einem Privatgrundstück des Wiegandt standen. Der Sohn des Wiegandt, auch ein Junglandbündler, rief den Nationalsozialisten zu: „Ihr habt hier nichts zu suchen, das ist unser Grundstück.“ Nun stürzten sich die Nationalsozialisten auf den jungen Wiegandt, schlugen ihm ein Auge blau, zerrissen ihm den Anzug und warfen ihn in den Schmutz. Wiegandt ist in seiner Gesundheit beeinträchtigt und liegt zu Bett. Die zwei anwesenden Gendarmeriebeamten stellten den Tatbestand fest.“

Wir geben hiermit dem Herrn Minister von diesem Vorfall Kenntnis und verlangen strengste Maßnahmen, die eine Wiederholung solcher Vorfälle ausschließen. Wir erwarten unverzügliches Handeln der Aufsichtsbehörden, da ein derartiges verbrecherisches Treiben nicht länger geduldet werden kann. Der Thüringer Landbund ist nicht gewillt, solchen Zuständen länger zuzusehen.“

Nazifrawall in München.

Die Universität vorläufig geschlossen.

München, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Infolge neuer Skandalen der Nazistudenten, die zu schweren Gewalttätigkeiten und zu Blutvergießen führten, wurde die Münchener Universität am Dienstagmittag vom Rektor bis auf weiteres geschlossen.

Die Vorlesung des Professors Ramiastry über Völkerrecht von 12 bis 13 Uhr war wiederum überfüllt, obgleich von den Saaldienern nur Angehörige der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät zugelassen waren. Rund 400 Studenten empfingen den Professor mit würdevollem Beifall und minutenlangem Händeklatschen. Ramiastry dankte mit den Worten: die Kundgebung beweise ihm, daß man am deutschen Studenten noch nicht zu verzweifeln brauche. Daraufhin forderte er diejenigen, die nicht bei ihm besetzt hätten, auf, den Hörsaal zu verlassen. Der Aufforderung wurde ohne Störung Folge geleistet. Inzwischen hatten sich aber auf dem Gang vor dem Hörsaal eine große Zahl von Nazistudenten angesammelt, die das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied zu brüllen begannen. Dann setzten sie mit dem Sprechchor ein: Heil Hitler, Juda verrecke, haut Ramiastry, Rache!

Ein Sieg?

Wenn über die Hauptsache nicht entschieden wird...

Die kommunistische Presse ist des Jubels voll über den Freispruch der „Welt am Abend“ im Prozeß gegen Abramowitsch. Dieser Freispruch ist bekanntlich ohne jede Beweisaufnahme aus rein formal-juristischen Gründen geschehen.

Es gehört schon eine große Portion Bescheidenheit dazu, so etwas als „Sieg“ auszulapen. Es kam hier wirklich nicht darauf an, ob wegen einer Formalbeleidigung wie „niederträchtige und verleumdende Ausrede“ ein paar Mark Geldstrafe verhängt wurden. Das politische Interesse des Prozesses konzentrierte sich einzig und allein auf folgenden Punkt:

Im Moskauer Menschewisten-Prozeß hatten die Hauptangeklagten bekanntlich „gestanden“, in den Sommermonaten Juli und August 1928 mit Abramowitsch, der sich zu dieser Zeit illegal in Moskau aufgehalten hätte, konspirativ verhandelt zu haben. Der Ankläger Kryptenko und das Urteil erklären diese Verhandlungen für eine festgestellte Tatsache, die das Fundament der Verurteilung wegen gegenrevolutionärer Verschwörung bildet.

Demgegenüber behauptet Genosse Abramowitsch und war bereit, im Prozeß gegen die „Welt am Abend“ den Beweis dafür zu führen, daß er während der ganzen kritischen Zeit ununterbrochen in Deutschland sich aufgehalten hat. Glücklich dieser Beweis, so war damit dargetan, daß die „Geständnisse“ im Menschewisten-Prozeß durch Angst und Folter aus den Angeklagten herausgepreßte Lügen waren.

Dies war der einzige Punkt, in dem der Prozeß gegen die „Welt am Abend“ Anspruch auf öffentliches Interesse hatte. Wie gestaltete sich die Verhandlung hierüber? Der Verteidiger des angeklagten Redakteurs der „Welt am Abend“ gab die Erklärung ab, daß die „Welt am Abend“ nicht behauptet habe und nicht behaupten wolle, daß Abramowitsch zu der in dem russischen Urteil angegebenen Zeitlich in Moskau aufgehalten habe!

Daraufhin hat das Gericht einen Beweis hierüber nicht mehr zugelassen.

Ist das nun ein kommunistischer Sieg? Das Verhalten des angeklagten kommunistischen Redakteurs beweist nur, daß die Kommunisten vor einer Beweisaufnahme über diesen Punkt die größte Angst hatten und zu jedem feigen Rückzug bereit waren, um diese Beweisaufnahme zu hintertreiben. Es war ihnen nämlich sehr wohl bekannt, daß Genosse Abramowitsch durch eine ganze Reihe von einmündigen Zeugen den lückenlosen Beweis seines Aufenthalts in Deutschland erbringen konnte.

Damit dies nicht geschah, damit der zur Belohnung seines

Duzendweise fielen die Rowdys über andersgesturte Studenten her und schlugen sie zum Teil blutig. Endlich erschien der Rektor mit einigen Universitätsbeamten, die sich aber vollkommen passiv verhielten. Immerhin ließ sich der Rektor bewegen, die Polizei zu Hilfe zu rufen, die bei ihrem Erscheinen von vielen empörten Studenten mit Händeklatschen begrüßt wurde und sofort mit Gummiknüppel und blanker Waffe die Gänge vor dem Hörsaal räumte und auch auf der Straße versuchte Demonstrationen der Haltenkreuzler auseinandertrieb.

Verabredungsgemäß sammelten sich die Nazis dann im Lichthof der Universität, wo einer von ihnen eine Ansprache hielt. Von den oberen Stockwerken wurden Handzettel, unterschrieben vom nationalsozialistischen Studentenbund, herabgeworfen, die die Aufforderung zu einer Kundgebung gegen den Verfall der Verträge enthielten. Bald räumte die Polizei auch den Lichthof und drängte die Demonstranten auf die Straßen, die vollkommen abgeriegelt wurden. Ein formierter Zug der Haltenkreuzler wurde sofort aufgelöst; ein Teil der Studenten verhaftet. Inzwischen hatte der Rektor die Universität sperren lassen und die Schließung auf unbestimmte Zeit verfügt.

Unter den Verhafteten befinden sich viele Angehörige der von Hitler besonders verhassten Technischen Hochschule, sowie mehrere Nazistudenten. Dies und eine Reihe anderer Tatsachen liefern den schlüssigen Beweis, daß der Skandal und die Gewalttätigkeiten planmäßig von nationalsozialistischen Studenten organisiert waren.

Diskussion mit „Untermenschen“.

Verbrüderung und Verprügelung.

Uns liegt ein Schreiben der Sektion Bedding der NSDAP, Gau Groß-Berlin, vor, das am 29. Mai an die SPD, Bezirk Berlin-Brandenburg, Berlin C. 25, Kleine Alexanderstr. 28, gerichtet wurde. Das Schreiben enthält eine Einladung zu der NSDAP-Versammlung am 5. Juni im Kriegerversammlungshaus. Das Thema dieser Veranstaltung war „Sowjet-Deutschland oder Drittes Reich? Wer rettet den deutschen Arbeiter?“

In dem Einladungsschreiben wird dem Diskussionsredner der SPD eine Stunde Redezeit gewährt und die persönliche Sicherheit garantiert. Dann fährt das Schreiben fort:

„Nach unserer Überzeugung glauben die aktivistischen deutschen Arbeiter nur noch an eine Rettung aus dem heutigen großen Elend unter Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder der SPD. Diesen Arbeitern muß aber die Möglichkeit geboten werden, nach Anhören beider Parteien selbst zu entscheiden, welche sie für den wirklichen Retter halten. Denn es ist selbstverständlich nur eine Idee richtig, unsere oder Ihre. Daher diese Einladung zu einer öffentlichen Diskussion.“

Am 26. Juni veranstaltete die NSDAP im Restaurant Sahnke in Siemensstadt, Bollstraße 1, einen öffentlichen Sprechabend. Vor Beginn der Versammlung kam es zu einer Schlägerei zwischen einigen Kommunisten und der SA, weil den Kommunisten der Zutritt in die Versammlung verweigert wurde. Der Redner, der Nazi Bernhard Fischer, begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf den Zusammenstoß. Er bezeichnete die Kommunisten als den „Fünften Stand“, den „Stand des Untermenschentums“, mit welchem für die NSDAP nicht mehr zu diskutieren sei.

Da die Braunhäuser vom Bedding in dem zitierten Schreiben an die SPD als „Retter Deutschlands“ die NSDAP oder die SPD bezeichnen, der Nazi Fischer aber von den Kommunisten als dem „Stand des Untermenschentums“ spricht, bleibt nur der Schluss übrig, daß die Nazis sich selbst für Untermenschen halten.

Folterungssystem zum Justizminister herausgerückte Kryptenko vor einer unheilbaren Blamage und vor der Entlarvung seiner Henkermethoden verschont blieb, kniff die „Welt am Abend“ und erklärte, gar nichts behauptet zu haben. Und der Richter, froh, auf diese Weise einer zeitraubenden Beweisaufnahme entgehen zu sein, verkündete ein formalistisches Urteil.

Und so etwas nennt die kommunistische Presse einen — Sieg! Nach Bernunft und Logik wäre sie berechtigt, von einem Sieg zu reden, wenn es ihr gelungen wäre, die Angaben des Genossen Abramowitsch zu widerlegen und seinen Aufenthalt in Russland zu beweisen. Aber „Sieg“ zu brüllen, weil infolge einer juristischen Formalie die paraten Zeugen ihre vernichtende Aussage nicht machen durften, dazu gehört schon die ganze kommunistische Empfindungslosigkeit für Rechts- und Sauerheitsbegriffe.

Rechenfehler des Stahlhelms.

Feststellungen des Landeswahlleiters.

Ämtlich wird mitgeteilt:

„Der Landeswahlleiter hat am 29. Juni seine Arbeiten zum Stahlhelmvollstbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags abgeschlossen und nach am selben Tage das Ergebnis der ämtlichen Zählung dem preußischen Minister des Innern übermittelt. Es ist ämtlich festgestellt, daß sich von den 26 368 215 Stimmberechtigten in Preußen 5 555 996 Personen in die Listen zum Vollstbegehren „Landtagsauflösung“ eingetragen haben. Dieses ämtlich festgestellte Ergebnis bleibt somit um etwa 75 000 Stimmen hinter der Berechnung des Bundesamts des Stahlhelms zurück. Dem Stahlhelm waren eine Reihe von Rechenfehlern unterlaufen, so daß er irrtümlich annahm, daß sich über 6 Millionen Stimmberechtigte eingetragen hätten.“

Das preußische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, dem Preußischen Landtag das Ergebnis des Stahlhelmvollstbegehrens sofort zugehen zu lassen und ihm die Ablehnung der geforderten Auflösung des Landtags zu empfehlen. Der Volkstagsauflösung dürfte dann Anfang August — wahrscheinlich am 2. — folgen.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung hielt das preußische Staatsministerium eine Chefbesprechung ab, deren Ergebnis für streng vertraulich erklärt wurde.

Neue Mitglieder des Staatsgerichtshofes. An der Dienstag-Verhandlung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich wegen der Klage Bayerns gegen das Deutsche Reich um die Zuschüsse zum Bau von Kleinbahnen nahmen zum ersten Male Reichstagsabgeordneter Dr. Landsberg, Reichstagsabgeordneter Gottfried Feder und der württembergische Ministerialdirektor Steiger als Beiführer teil.

Wieder Schupo ermordet! Neue Bluttat der Kommunisten / Schwere Krawalle im Berliner Osten.

Übermals haben die Kommunisten schwere Blutschuld auf sich geladen. Von sinnlos verhehten kommunistischen Demonstrationen wurde gestern Abend der 28jährige Polizeioberwachmeister Emil Kuhfeld durch einen Bauerschuh niedergestreckt. Der Beamte wurde zur Rettungsstelle 9 gebracht, wo er unter den Händen des Arztes starb. Die Kugel, die offenbar aus einer großkalibrigen Waffe stammt, hatte den Körper glatt durchschlagen.

Trotz des Demonstrationsverbotes hatten die Kommunisten durch geheime Parolen gestern Abend wieder 800 Mitglieder und Arbeitslose auf die Beine gebracht, die sich vor dem Haupte Frankfurter Allee 332 zu einem Zuge formierten. Zwei Straßenbeamte des 81. Polizeiregiments waren der Menge gegenüber machtlos; sie mußten sich zurückziehen und das Ueberfallkommando alarmieren. In einem Schnellwagen rückte das Kommando Schlesiendes Tor unter Führung des Oberwachmeisters Kuhfeld an.

Die Beamten hatten noch nicht einmal den Wagen verlassen, als ein Steinhaagel auf sie niederprasselte, dem unmittelbar zahlreiche Schüsse aus der Menge folgten.

Oberwachmeister Kuhfeld brach mit einem Bauerschuh bewußtlos zusammen, die übrigen Beamten mußten Deckung nehmen und eine Reihe von Schredschüssen abfeuern, um die bewaffnete Menge in Schach zu halten.

Die Demonstranten stoben nun nach allen Seiten auseinander, ein großer Teil flüchtete in die umliegenden Haustore. 17 Personen wurden festgenommen und der Abteilung I A des Polizeipräsidenten eingeliefert. Ob sich unter den Verhafteten die Revolvererschützen befinden, ist noch zweifelhaft. Wie die Ermittlungen bisher ergeben haben, sind

auf die Beamten etwa 30 bis 40 Schüsse abgefeuert worden. Es ist geradezu ein Wunder, daß nicht mehr Beamte auf der Straße blieben. Von den Demonstranten wurde niemand verletzt.

Der ermordete Polizeioberwachmeister Emil Kuhfeld gehörte zur 2. Bereitschaft der Berliner Schupo. Vor einigen Wochen wurde er als Führer zum Ueberfallkommando Schlesiendes Tor kommandiert.

Kuhfeld gehörte dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtenverband an. Er war ledig und in Kameradenkreisen wegen seiner Tüchtigkeit und Kollegialität allgemein beliebt. Hoffentlich gelingt es der Polizei recht bald, den Mörder, der aus dem Hinterhalt feige auf den Beamten schoß, zu ermitteln und festzunehmen.

Zu weiteren Demonstrationsversuchen der Kommunisten kam es in der Petersburger Straße und in der Wilmersdorfer Straße im Westen Berlins. Starke Polizeikräfte trieben die Demonstranten an diesen Stellen aber bald auseinander.

Endkampf um Berlins Etat.

Die gestrigen Fraktionsitzungen im Rathaus.

Im Rathaus trafen gestern die Stadtverordnetenfraktionen zusammen, um über die bevorstehenden, morgen im Plenum der Stadtverordnetenversammlung beginnenden Verhandlungen über den Berliner Etat zu beraten. In der Fraktionsitzung der Sozialdemokraten gab der Vorsitzende Genosse Erich Jilka einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Beratungen des Berliner Etats für 1931 im Haushaltsausschuß. Die Fraktion billigte die Haltung ihrer Vertreter im Ausschuß. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion zum Etat wird später erfolgen.

Aufklärung von Kunstdiebstählen.

Ein bekannter Maler und sein Bruder verhaftet.

Am 28. Juni wurde der Kunstmaler Franz Heden-dorf unter dem Verdacht des gemeinschaftlichen schweren Diebstahls von der Kriminalpolizei vorläufig festgenommen. Seiner Festnahme folgte gestern die Verhaftung seines Bruders Walter.

Beide Brüder sind geständig, im Januar dieses Jahres aus einem zur Villa eines Berliner Bankdirektors gehörigen Garten eine von dem Bildhauer Professor Kolbe geschaffene Bronzefigur gestohlen zu haben. Die Figur wurde später von Franz H. an einen Berliner Kunstfreund verkauft. Als dieser zufällig erfuhr, unter welchen Umständen die Figur in den Besitz des H. gelangt war, hat er sie unverzüglich dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben. Er wurde dadurch um den Kaufpreis von 2500 M. geschädigt. Die Kriminalpolizei kam auf die Spur dieses Verbrechens bei der Verfolgung eines vor einiger Zeit in Gellom verübten Einbruchs in ein Landhaus, bei dem hauptsächlich Teppiche und Bilder gestohlen wurden. Es gelang, den Bruder des H. dieses Einbruchs zu überführen. Auch das aus diesem Einbruch stammende Diebesgut ist größtenteils von Franz H. verkauft worden. Die wertvollsten und meisten Stücke konnten von der Kriminalpolizei wieder herbeigeholt werden.

Beide Brüder haben Geständnisse abgelegt und werden dem Richter vorgeführt.

In neun Tagen um den Erdball.

Die beiden Weltflieger Post und Gatty werden bereits für heute Abend in New York erwartet, so daß, wenn auch ihre letzte Flugstappe glückt, die ganze Reise um den Erdball nur neun Tage gedauert haben wird.

Ernstste Worte an die Studenten.

Aufruf von Universitätsrektor und Senat.

Der Rektor der Berliner Universität ersieh am Dienstagabend an die Studenten folgenden Aufruf:

Kommilitonen! Die Vorfälle des 27. und 28. Juni mit ihren feigen Ueberfällen auf wehrlose Kommilitonen, verbunden mit tätlicher Vergewaltigung meiner Beamten, rohen Sachbeschädigungen und schwerster Störung der arbeitswilligen Studenten zwingen Rektor und Senat dazu, etwaigen Wiederholungen solcher Ausschreitungen mit dem Einsatz aller staatlichen Macht-

mittel unanachsichtlich entgegenzutreten. Unsere Alma mater ist eine Stätte geistiger Höchstleistung und darf nicht zum Tummelplatz politischer Leidenschaften erniedrigt werden. Ich weis mich mit der erdrückenden Mehrheit der Berliner Studenten in dieser akademischen Gesinnung einig. Daher richte ich an Sie alle den vertrauensvollen Appell, mitzuhelfen, daß der letzte und vielen für den Abschluß ihrer Studien so entscheidende Monat des Sommersemesters nunmehr völlig ungestört den hohen Aufgaben gewidmet werden kann, deren Erfüllung Volk und Vaterland in harter Zeit von uns erwarten. Wegen der tätlichen Angriffe und Sachbeschädigungen haben Rektor und Senat strenge Untersuchung eingeleitet.

Ob der Aufruf auf die Nazi-Romdies Eindruck machen wird?

Was sagt der Bär ?

**BERLIN
RAUCHT BILLIGER!
VON HEUTE AB KOSTEN**

**3
JUNIO
10.8**



DIE FIRMA JOSETTI GARANTIERT MIT IHREM NAMEN FÜR UNVERÄNDERTE GÜTE UND GRÖSSE DIESER MEISTGERAUCHTEN DEUTSCHEN CIGARETTE O/M.

Der Freispruch Hillers.

Düppel-Dreilinden kein schlechtes Geschäft für Berlin.

Landgerichtsdirektor Dr. Loll führte zur Begründung des Schwurgerichtsurteils, durch das der Grundstücksbändler Karl Hiller von der Anklage des Meineids und der Bestechung auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurde, u. a. aus:

„Es war nicht Aufgabe dieses Schwurgerichts, zu prüfen, ob in dem Dezernat des verstorbenen Stadtrats Busch Korruption geherrscht hat. Das ist von anderer Stelle geprüft und festgestellt worden. Das Schwurgericht hatte lediglich zu prüfen, ob der Angeklagte den verstorbenen Stadtrat Busch bestochen hat. Es steht fest, daß der Angeklagte Wechsel in Höhe von 100 000 M. diskontiert hat. Daß es sich hierbei um eine Schenkung handelte, steht nicht fest. Wohl hat Busch durch die Gewährung des Wechselkredits einen Vorteil gehabt. Bei einem Beamten würde das eine Bestechung sein. Bei dem Angeklagten muß aber nachgewiesen werden, daß er den Vorteil gewährt hat in der Absicht, einen Beamten zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bestimmen, denn der Beamte soll sich bei seinen Handlungen lediglich von seinem pflichtgemäßen Ermessen bestimmen lassen. Es läßt sich aber nicht feststellen, daß der Ankauf von Düppel-Dreilinden für die Stadt Berlin ein schlechtes Geschäft war. Man hat immer nur scharf kritisiert, daß der Angeklagte Vermittler war und daß er einen hohen Gewinn durch den Verkauf gehabt hat. Dieser Vorwurf ist aber ungerichtlich. Für die Stadt Berlin bestand keine Möglichkeit, ohne den Angeklagten, der einen notariellen Vertrag hatte, das Gut zu kaufen. Der Stadt war der Kauf vorher angeboten worden, sie hatte ihn aber abgelehnt. Die Bringen hätten wahrscheinlich niemals ohne einen Mittelsmann verkauft, da sie einen ungedeckten Kredit von 2 Millionen Mark haben wollten.“

Der Mord in Nauen.

Noch keine Spur von dem Täter.

Der nächtliche Mord an dem 18jährigen Herbert Tempelhagen, der in der Nacht zum Dienstag, wie bereits ausführlich berichtet, in Nauen erschossen wurde, konnte noch nicht weiter geklärt werden. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft III in Berlin haben sich noch gestern Kriminalrat Gennat sowie Kommissar Giffigkeit mit mehreren Beamten der Mordkommission an den Tatort begeben. Der Ermordete ist, wie sich später ergeben hat, kurz vor 1 Uhr nachts von seinem Vater beauftragt worden, einen in der Scheune stehenden Wagen für den Frühtransport fertig zu machen. In der Nähe des Schuppens muß irgendein Vorfall die Aufmerksamkeit des jungen Mannes erregt haben, denn er zog seine Pantoffeln aus, legte auch die Handlaternen beiseite und ging barfuß weiter. Dabei muß er den tödlichen Schuß von dem noch unbekannten Täter erhalten haben. Vom Regierungspräsidenten in Potsdam sind für die Auffklärung des Verbrechens 1000 M. Belohnung ausgesetzt worden. Bisher wird angenommen, daß Tempelhagen vielleicht die Begebe beobachtet und bei ihrer Verfolgung niedergeschossen wurde.

Neue Rüpelstaten der Nazistudenten.

An der Technischen Hochschule verteilten gestern gegen 14 Uhr Studenten der Sozialistischen Studentenschaft Flugblätter, die zur heutigen Protestversammlung gegen den Rasterterror an den Hochschulen aufforderten. Plötzlich stürzten aus den Wohnbaracken in der Rastertempel, die der Technischen Hochschule gehören und von auswärts zugezogenen Studenten bewohnt werden, nationalsozialistische Studenten heraus, entrißten den Sozialisten die Flugblätter und schlugen auf diese ein. Ein hinzueilender Polizeibeamter konnte weiteres Unheil verhindern und zwei der Raufbolde festnehmen. Sie wurden der Abteilung IA zugeführt.

„Im Westen nichts Neues.“ Die Deutsche Liga für Menschenrechte spielt den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ im Rosarisaal, Kollendordplatz, vom 1. bis 3. Juli. Karten gegen Ausweis in der Geschäftsstelle, Berlin N. 24, Ronbühlplatz 10, Eingang 1, 3 Treppen, und im Rosarisaal zum Preise von 1,50 und 2,40 Mark.

Kampf gegen den Hunger!

Erwerbslose Artisten geben Gratisvorstellungen

Die Not zwingt die Jugend zu verzweifeltsten Aktionen. Das harmloseste Tun ist es noch, wenn ein Junge sein Kängel schnürt und auf gut Glück und seine gesunden Glieder vertrauend das Heil in der weiten Welt sucht. Das Brot wird ihm in der Fremde ebenso karg zugemessen werden wie daheim; aber wenigstens sehen die Angehörigen dann das Elend nicht. Andere Jugendliche haben sich zu kleinen Sängergesellschaften zusammengeschlossen. Sie ziehen von Haus zu Haus und lassen Wander- und Arbeiterlieder erklingen.

Die eigenartigsten Blüten treibt diese genossenschaftliche Abwehr des Hungers. In der Gegend des Berliner Zeitungsviertels kann man täglich „Weltreisenden“ begegnen, die auf den sonderbarsten Gefährten durch die Länder rollen. Schnell will man auf den Redaktionen noch ein Bild oder einen Artikel verkaufen, denn das Unternehmen braucht ganz notwendig die Reklame, wenn man in die Provinz kommt. Küfer rollen ein Weinsäß, Bergleute zeigen in selbstgezeichneten mechanischen Schautafeln das Elend ihres Berufs und ihrer Heimat. Zwei haben einen Schiebkarren, in dem sie sich abwechselnd von einem zum andern Ende der Welt fahren wollen. Motorradfahrer, Radfahrer, Schwimmer und Wassersportler sind zum Start zur „Weltreise“ angetreten, um einen neuen Weltrekord aufzustellen. Es sind zu viele Attraktionen und kaum eine weist den Reiz der Neuheit auf. Verzweifelt sind auch die Blechmusikanten, die alljährlich um Pfingsten herum vom Unterhartz kommen und ihre Vieder aus den Vorgärten der Wirtschaften auf die Straßen hinausmettern.

Dagegen hat ein anderes Trio schon mehr Erfolg: ein Harmoniumspieler, ein Geiger und eine junge Frau, die durch ein Megaphon singt Ihre gut durchgebildete Altstimme klettert in Modulationen an den Häusern hinauf. Überall öffnen sich die Fenster und man ist erstaunt, daß solche Talente auf der Straße erblühen. Auch die berufsamtigen Artisten, denen jede Aussicht auf ein Engagement genommen ist, bedienen sich der Straße, um ihren Beruf auszuüben. Ein Artist mit dressierten Tauben wandert von Hof zu Hof und kündigt mit weithallender Stimme sein Programm an: die Tauben, die er durch Reisen fliegen, auf einem Karussell drehen läßt, mit denen er auf einer Klische Jongliert. Andere Artisten führen Großleistungen aus ihrer Blauzeit vor; es sind auch genug Zuschauer, aber wenig Spender bei diesem Gratisprogramm. Trotz und Verzweiflung klingt aus den Ansprachen vieler Bettler, die lange Reden zu den Fenstern hinausschicken: sie rechnen der Bewohnerchaft die Unmöglichkeiten vor, mit 80 Pfennig Erwerbslofenunterstützung Frau und Kinder ernähren zu müssen, was der Haushalt kostet, wieviel Miete sie von diesem Geld bezahlen usw., und wie sie nicht mehr ein und aus wissen. Doch sie sprechen vor toten Häuserfronten, denn jede Frau betet ihre eigene Sorgenrechnung im stillen unzählige Male vor sich hin.

Das Leben wird durch das Massenelend bis in seine innersten Fasern bloßgelegt. Kein Mensch schämt sich mehr, die Wunden, die ihm die Wirtschaftnot schlug, offen zu zeigen.

Messerstecher im Auto.

Fahrgast von Droschkenchauffeur niedergestochen.

Ein kaum glaublicher Vorfall spielte sich gestern abend auf offener Straße im Norden Berlins ab. Ein 42jähriger Kaufmann Mag. A. aus der Alexanderstraße wurde von dem Taxichauffeur Eugen Urban, mit dem er wegen der Höhe des Fahrpreises in Streit geraten war, durch Messerstiche schwer verletzt.

Der Kaufmann ließ den Droschkenchauffeur mit seinem Wagen in der Seestraße halten. Offenbar weil der Chauffeur einen Umweg gemacht hatte, kam es wegen des Fahrpreises zu Differenzen. Kurzerhand ergriff der Droschkenchauffeur die Aktentasche des Fahrgastes, um sich schablos zu halten und versuchte davonzufahren. Der Fahrgast sprang nun auf das Trittbrett des Wagens, und zwischen den beiden Männern entspann sich ein Handgemenge, in dessen Verlauf der Chauffeur ein Messer zog und auf R. mehrmals einstach. Mit schweren Brust- und Armerlegungen brach R. blutüberströmt zusammen. Er mußte in das Virchowkrankenhaus gebracht werden.

Auf dem Revier behauptete U., in Notwehr gehandelt zu haben. Die Angaben werden von der Kriminalpolizei nachgeprüft.

Neues von Scheuen.

Knauth läßt Straube fallen.

Lüneburg, 30. Juni.

Der Fortgang des Scheuener Jägerprozesses brachte heute und gestern weitere schwere Vorwürfe und Belastungen für den Angeklagten Straube.

Am zehnten Verhandlungstag wurde von einem Teil der Verteidigung vorgeschlagen, die Prozedur abzukürzen, da die der Anklage zugrunde liegenden Paragraphen über Vandalismus, Rädelsführer und unerlaubtes Waffentragen nach der Berechnung der sogenannten Revollegruppe nicht mehr in Frage kommen und daher auf weitere Beweisführung zur Revolte verzichtet werden könne. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft sowie eine Reihe von Verteidigern der Straube-Gruppe wandten sich entschieden gegen den Vorschlag. Die Stellungnahme des Gerichts steht noch aus.

Interessant ward die Verhandlung bei Erörterung der Frage, ob die „Ausrührer“ am Abend der Revolte von Parade zu Parade „Rache, Rache!“ gerufen hätten. Straube bezog diese Rufe auf sich. Nach den Aussagen der Jüglinge wurde aber von ihnen nur ein Lied gesungen, in dem das Wort Rache häufig vorkommt und das in Abwandlung des Hederliedes mit dem Refrain schließt: „Blut muß fließen knüppelhaelbid.“ Den Anlaß zur Unzufriedenheit gaben die Mißhandlungen Straubes und des nach Amerika ausgewanderten Erzlehrs Düsselhoff.

Im Laufe der gestrigen Verhandlung warf auf die erzieherischen Fähigkeiten Straubes eine Frage an Obermagistratsrat Knauth ein besonderes Licht, ob er wisse, daß Straube seine Hunde auf eine Rache geheßt und diese in Gegenwart der Jungen habe zerrücken lassen. Fünf oder sechs Jungen der Straube-Gruppe erhoben sich spontan, um diesen ungläubigen Vorfall zu bestätigen. Knauth gab eine Beobachtung des Amtsgerichtsrats Blumenthal wieder, nach der Straube in der Tat seine Hunde auf andere Tiere geheßt hat. Knauth bezeichnete Straube nach seiner jetzigen Kenntnis der Zusammenhänge als einen Mann, der ihn und seine Behörde hintergangen hätte, weil er aus Angst vor den Folgen seiner Handlungen nichts geworden war.

Massenkonzert der Reichswehr im Stadion.

Zwanzig Reichswehrkapellen mit insgesamt 800 Mann auf dem grünen Rasen des Stadions, umfaßt von Zehntausenden militärmusikbegeisterter Berliner war das äußere, eindrucksvolle Bild des alljährlich stattfindenden großen Stadionskonzertes des Wehrkreiskommandos III am letzten Sonnabend. Unter Leitung des Heeresmusikinspektors Schmidt vereinigten sich die 200 Musiker und Spieler zu starken, einheitlichen Leistungen. Natürlich darf bei einem Konzert der Reichswehr der deutschen Republik der Fredericus-Marsch beileibe nicht fehlen! Der Große Zapfenstreich und ein einzigartiges Höhenfeuerwerk schlossen die Veranstaltung, der das prächtige Sommerwetter ein ausverkauftes Stadion gebracht hatte.

Ein republikanisches Volksfest veranstaltet der Ortsverein Friedrichshagen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonnabend, 4. Juli, am Oraniensee, Oranienstraße. Beginn 16 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Großes Konzert, Volkstänze, Tombola, Fackelzug.



Worobjew setzte sich in eine Droschke. Während er durch das Bagengerüttel zuweilen bis zum lackierten Dach emporschnellte, dachte er nach, wie er den Namen des Unbekannten erfahren könnte, unter welchem Vorwand er zu ihm eintreten, was er ihm als ersten Satz sagen sollte und wie er an das eigentliche Ziel gelangen könnte.

Beim roten Tor stieg er aus, fand nach Ostaps Angaben das gefuchte Haus und begann davor auf- und abzuspatzieren. Er traute sich nicht einzutreten. Es war dies ein vormaliges altes schmuggiges Gasthaus, das in ein Wohnhaus umgewandelt war. Innen liefen einige Zimmer in den Korridor hinaus. Langsam, als wäre es die Schultafel, an der er eine Aufgabe zu lösen hatte, von der er keinen Dunst besah, näherte sich Worobjew der Tür Nummer vierzehn. Eine Visitenkarte von der Farbe eines lange getragenen Halskragens hing verkehrt an einen Nagel. „Awessalom Wladimirowitsch Ignurentow.“

Ganz benommen, vergaß Worobjew zu klopfen, machte die Türe auf, wandelte wie ein Mondsuchtiger drei Schritte nach vorne und befand sich mitten im Zimmer.

„Entschuldigen Sie“, sagte er mit gedämpfter Stimme, „kann ich den Genossen Ignurentow sprechen?“

Awessalom Wladimirowitsch antwortete nicht. Worobjew hob den Kopf und bemerkte jetzt erst, daß niemand im Zimmer war.

Das Neugier dieses Zimmers gab keinerlei Aufschluß über die Neigungen seines Bewohners. Es war nur eines klar — er war unverheiratet und hatte kein Dienstmädchen. Ein Stück Papier mit Wursthäutchen lag auf dem Fenstertisch. An der Wand lehnte ein mit Zeitungen überhäuftes Sofa. Auf einem Regal standen ein paar verstaubte Bücher. An der Wand hingen allerlei Kopienphotographien. Mitten im Zimmer standen neben schmuggigen Stiefeln ein Nubholzstuhl. Auf allen Gegenständen, auch auf dem Stargoroder Stuhl hingen amtliche Siegel. Worobjew aber beachtete

diesen Umstand nicht. Er vergaß in diesem Moment sowohl den Kriminalkodex als auch alle Belehrungen Ostaps und stürzte sich auf den Stuhl.

Da aber gerieten plötzlich die Zeitungen auf dem Sofa in Bewegung. Worobjew erschrak. Die Zeitungen glitten hinab und fielen zu Boden. Und mitten hervor troch still eine Kage. Sie sah Worobjew gleichgültig an und begann sich mit der Pfote gelassen das Ohr, die Wange und den Schnurrbart zu putzen.

„Psui“, sagte Worobjew und schleppte den Stuhl zur Tür. Die Tür tat sich auf. Der Hausherr erschien auf der Schwelle — er war es, der meckernde Unbekannte. Er steckte in einem Ueberzieher, unter dem lila Unterhosen hervorliefen. Die Hofe hielt er in der Hand.

Man konnte von Awessalom Wladimirowitsch Ignurentow behaupten, daß es einen zweiten derartigen Menschen in ganz Russland nicht gab. Er war der Republik sehr von Nutzen. Und dabei war er völlig unbekannt geblieben, wiewohl er ein genau so großer Meister in seiner Kunst war wie Schaljapin im Singen, Gorki in der Literatur und Capablanca im Schachspiel.

Schaljapin sang. Gorki schrieb einen großen Roman, Capablanca bereitete sich zu einem Match mit Aljechin vor.

Er machte diese Witze nicht zur profanen Unterhaltung im Privatleben. Er trug auf seinen Schultern die Last einer ungeheuren Verantwortung. Er lieferte Stoff für Zeichnungen und Feuilletons für die Mehrzahl der Moskauer Zeitschriften.

Bedeutende Menschen machen zweimal im Leben Witze. Diese Witze steigern ihren Ruhm und gehen in die Geschichte ein. Ignurentow machte nicht weniger als sechzig erstklassige Witze im Monat, die von einer großen Anzahl Menschen lächelnd registriert und immer wieder zitiert wurden. Und er blieb doch unbekannt.

Als Awessalom Wladimirowitsch in seinem Zimmer einen Menschen erblickte, der im Begriff war, den amtlich gefestigten Stuhl wegzutragen, schwenkte er die Hofe, die eben vom Schneider gebügelt worden war, machte einen Lustsprung und schrie: „Sind Sie verrückt geworden? Ich protestiere! Sie haben kein Recht dazu! Es existiert doch noch ein Gesetz! Wenn auch für die Dummen kein Gesetz geschrieben ist, sind Sie doch vielleicht davon unterrichtet, daß diese Möbel noch zwei Wochen hierbleiben dürfen! ... Ich werde Sie bei Gericht verklagen! ... Schließlich werde ich doch bezahlen!“

Worobjew war wie angenagelt stehen geblieben. Ignurentow warf den Ueberzieher ab und zog die Hofe über die biden Beine. Ignurentow war ziemlich voll, hatte aber ein mageres Gesicht.

Worobjew zweifelte keinen Moment daran, daß man ihn fassen und zur Miliz schleppen würde. Deshalb war er sehr erstaunt, als der Hausherr, nachdem er mit seiner Toilette fertig war, plötzlich ganz sanft wurde.

„Sie müssen doch selbst einsehen“, sagte der Hausherr mit friedlicher Stimme, „ich kann das nicht zulassen.“

Worobjew hätte es an Stelle Ignurentows auch durchaus nicht zugelassen, daß jemand seine Möbel mitten am hellen Tage wegstieg. Er wußte aber nicht, was er sagen sollte, und darum schwieg er.

„Ich bin nicht schuld, daß es so weit gekommen ist. Schuld ist der Direktor des Musikinstituts. Ich gestehe es. Ich habe die Gebühr für das gemietete Klavier seit acht Monaten nicht gezahlt. Ich habe es aber nicht verkauft, obwohl ich doch Gelegenheit dazu gehabt hätte. Mein Vorgehen war ehrenhaft, aber man hat mich gemein behandelt. Man hat mir das Klavier weggenommen, die übrigen Möbel beschlagnahmt und mich bei Gericht angezeigt. Und dabei darf man bei mir eigentlich nichts beschlagnahmen. Diese Möbel sind unentbehrliche Werkzeuge für meinen Beruf. Auch dieser Stuhl ist ein für meine Berufsarbeit unentbehrlicher Gegenstand.“

Worobjew begann ein Licht aufzugehen.

„Lassen Sie den Stuhl los!“ kreischte Awessalom Wladimirowitsch plötzlich. „Hören Sie? Sie Bürokrat!“

Worobjew löste die Hände gehorsam vom Stuhl und murmelte: „Verzeihung, ein Mißverständnis. So ist eben mein Dienst.“

Nun wurde Ignurentow sehr lustig. Er lief im Zimmer umher und trällerte: „Und ein Morgen kam, da lächelte sie wieder.“ Er wußte nicht, was er mit seinen Händen beginnen sollte. Sie pendelten hin und her. Dann band er seine Krawatte und ließ es wieder. „Also werden Sie die Möbel heute nicht mitnehmen? ... Sehr gut! ... Ach! Ach!“

Worobjew benützte die günstige Gelegenheit und näherte sich der Tür.

„Warten Sie!“ rief Ignurentow plötzlich. „Haben Sie je einen solchen Kater gesehen? Sagen Sie, ist er nicht wirklich wundervoll kläglich?“

Und schon befand sich der Kater in Worobjews zitternden Händen. (Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Milchwirtschaft.

Ein neuer Enquetebericht. — Um Butterzoll und Milchgesetz.

Die Milchwirtschaft, der wichtigste Zweig der deutschen Landwirtschaft, steht durch die geforderte Kulturerhöhung wieder einmal im Mittelpunkt des agrarpolitischen Kampfes. Die jetzt veröffentlichten Untersuchungen des Enqueteausschusses über die Lage der deutschen Milchwirtschaft kommen deshalb zur rechten Zeit.

Die Bedeutung der Milchwirtschaft

zeigt eine einzige Ziffer. Von dem 12 Milliarden betragenden Gesamtproduktionswert der Landwirtschaft kommen 3 bis 4 Milliarden, also ein Viertel bis ein Drittel, auf die Milchherzeugung. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Verbrauch an Milch und Molkeerzeugnissen etwas gestiegen. Während die Versorgung der Gesamtbevölkerung, also städtische Verbraucher und Landwirtschaft, im Jahre 1912 388 Liter je Kopf betrug, stieg der Verbrauch je Kopf im Durchschnitt der Jahre 1926/28 auf 400 Liter. Aber dieser Mehrverbrauch ist auch durch eine Verstärkung der Einfuhr gedeckt worden, die 1912 nur 2216 Millionen Liter, 1926/28 aber 3919 Millionen Liter betrug. 18 Proz. der deutschen Milchherzeugung müssen also eingeführt werden.

Um den Anteil der deutschen Milchherzeugung am Gesamtmilchverbrauch zu heben, wird von den Agrarinteressenten eine Erhöhung des Butterzolles gefordert. Auf die Verbraucher soll ein Zwang ausgeübt werden, die qualitativ immer noch schlechteren deutschen Molkeerzeugnisse zu kaufen.

Der Nutzen einer Butterzollerhöhung ist sehr zweifelhaft.

Aus den Untersuchungsergebnissen des Enqueteausschusses kann man jedenfalls eine glatte Verneinung dieser Frage herauslesen. Der Enquetebericht stellt vielmehr fest, daß zunächst bei der Milchviehhaltung selber die Produktionskosten durch Steigerung der Milchergiebigkeit erheblich gesenkt werden können. Die Milchleistung je Kuh beträgt im Reichsdurchschnitt 2138 Liter im Jahr. Zwischen den einzelnen Gebieten Deutschlands schwankt die Jahresleistung aber beträchtlich. In der bayerischen Oberpfalz geben die Kühe nur 1436 Liter, während in der fortschrittlicheren rheinischen Landwirtschaft, z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf, mehr als das Doppelte, nämlich 3072 Liter Milch je Kuh gewonnen werden. Durch Verbesserung der Rassen und der Fütterung kann also noch viel geschehen, um die Milchherzeugung in Deutschland zu steigern.

Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden durch Belehrung der Landwirte, wie sie schon bisher von den sogenannten Milchkontrollvereinen ausgeübt wurde. Der Durchschnittsertrag der kontrollierten Kühe betrug 1928 3550 Liter je Jahr, lag also weit über der Milchleistung selbst im Regierungsbezirk Düsseldorf. Bis jetzt sind aber nur 11 Proz. des Kuhbestandes durch die Kontrollvereine erfasst. Ramentlich in den bäuerlichen Betrieben, auf die 83 Proz. des gesamten Milchviehbestandes entfallen, werden noch nicht 4 Proz. des Kuhbestandes kontrolliert.

Aber auch bei der Verarbeitung und beim Absatz muß der Enquete-Bericht Mängel feststellen.

Die Qualität der Milch und somit der Butter ist oft unzureichend und ungleichmäßig. Nur 29 Proz. des deutschen Butterverbrauchs sind überhaupt Molkeerzeugnisse, der Rest besteht aus eingeführter Butter und sogenannter Bauernbutter, deren Qualität oft sehr schlecht ist. Aber auch die Molkeerzeugnisse hat sehr verschiedene Güte. So gibt es Molkeereien, die keinen Unterschied in der Lage zum Marktort ausweisen, trotzdem aber ganz verschiedene Erlöse aus Butterverkäufen erzielen.

Die Handelspreisen sind ebenfalls sehr ungleich. In Mainz z. B. beträgt der Unterschied zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis 4 Pf. je Liter Milch, in Berlin 11,5 Pf. Das liegt nicht an der verschiedenen Größe der Städte — in Kostock z. B. beträgt die Handelsspanne 9 1/2 Pf. —, sondern an der verschiedenen Konstruktion des Milchhandels. So ist schon die Zahl der Kleinhändler auf 1000 Einwohner berechnet in den einzelnen Städten ganz verschieden.

Sehr bedauerlich ist, was als Lücke in dem Enquetebericht betrachtet werden muß, daß nicht auf die Rentabilität der Molkeerzeugnisse eingegangen wird. Anscheinend haben hier Interessentengruppen verhindert, daß aufklärendes Material veröffentlicht wird, aus dem ganz klar hervorgehen würde, daß nur Molkeereien von einer bestimmten Menge täglich verarbeiteter Milch überhaupt rentabel wirtschaften können.

Zu den kürzlich erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Milchgesetz vom Juli 1930 wird im Bericht noch nicht Stellung genommen. Es muß sehr bezweifelt werden, daß durch das Milchgesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen eine Besserung der Qualität erreicht werden kann, denn man hat wieder verläumt, verschiedene Qualitätsstufen von Handelsmilch mit abgestuften Anforderungen an ihre Gewinnung und Behandlung festzusetzen.

Es ist den obersten Landesbehörden überlassen, Mindestanforderungen für die einzelnen Verbrauchergebiete aufzustellen. Von einer Milchstandardisierung sind wir also noch weit entfernt. Außer einem Paragraphen, der die Regierung ermächtigt, Betriebe der Milchwirtschaft zur Regelung der Bewertung zwangsweise zusammenzuschließen, tritt das Milchgesetz am 1. Januar 1932 in Kraft. Alle Milchhandelsbetriebe müssen dann neu kon-

zessioniert werden und alle Milch erzeugenden Landwirte die behördliche Erlaubnis zur Abgabe von Milch nachsuchen. Ob hierdurch und durch die anderen Bestimmungen, aber eine Hebung der Qualität der Milch und Molkeerzeugnisse und eine Steigerung des Verbrauchs erreicht wird, bleibt abzuwarten.

Wiel wichtiger ist es, daß die Landwirtschaft selber ihre ganze Kraft einsetzt, um durch intensivere Fütterung, Verbesserung der Milchbearbeitung und durch Rationalisierung des Molkeerzeugnisses gleichzeitig eine Verbesserung und Verbilligung der Milch und der Molkeerzeugnisse zu erreichen, um so der ausländischen Milchwirtschaft gegenüber konkurrenzfähiger zu werden. Dann stellt sich eine Zunahme des Verbrauchs von selber ein, und es ist nicht notwendig, daß die deutsche Milchherzeugung in noch größerem Maß als bisher durch Zölle geschützt wird, wodurch lediglich die Preise erhöht werden, der Konsum aber verringert wird.

Lebenshaltung wird teurer.

Der Index im Juni leicht weiter gestiegen.

Das Statistische Reichsamt teilt mit:

„Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni auf 137,8 gegenüber 137,3 im Vormonat. Sie ist somit um 0,4 Proz. gestiegen. Die Indexziffer für Ernährung hatte sich um 0,8 Proz. auf 130,9 erhöht. Die Indexziffer für Wohnung ist mit 131,6 unverändert geblieben. Zurückgegangen sind die Indexziffern für Heizung und Beleuchtung um 0,3 Proz. auf 145,4, für Bekleidung um 0,4 Proz. auf 139,9, für sonstigen Bedarf um 0,3 Proz. auf 184,4. Innerhalb der Gruppe Ernährung haben hauptsächlich die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Zucker angezogen; zurückgegangen sind vor allem die Preise für Fleisch und Fleischwaren sowie für Milch und Butter.“

Wer damit gerechnet hatte, daß das Ansteigen des Teuerungsindex im Monat Mai zufällig gewesen sei, ist durch die Steigerung des Index im Juni enttäuscht. Dazu ergibt sich noch folgender Tatbestand: Die Steigerung machte im Mai nur 0,1 Proz. aus; sie beträgt im Juni aber 0,4 Proz.

Wir sehen also, daß sich zunächst mit Beginn des neuen Jahres das Tempo, mit dem sich der Teuerungsindex verringerte, immer langsamer wurde, bis im Mai die Verminderung in eine Erhöhung umschlug. Das Tempo dieser Erhöhung scheint sich zu steigern. Es wird sich ganz bestimmt steigern, wenn die Zufälligkeiten, die den Index jetzt noch immer nach unten beeinflussen, wegfallen. Das sind z. B. die Kosten für Beleuchtung und Heizung. Auf Kohle werden jetzt Rabatte gewährt. Das verbilligt natürlich für diejenigen, die Kohle auf Vorrat kaufen kann, die Lebenshaltung. Die Sommerverbilligung hört aber mit dem Herbst auf.

Auf den Teuerungsindex im Juni hat sich auch zum ersten Male die Notverordnung mit der Zuckerversteuerung ausgewirkt. Dagegen merkt man nichts von einer Verminderung der Handelspreise, von der ja auch in der Einleitung zur Notverordnung so viel die Rede war. Will die Regierung nicht die Entwicklung zum Anlaß nehmen und endlich die in der Notverordnung gegebenen Versprechungen, eine Normalisierung der Handelspreise durchzuführen, wahrmachen?

Jedenfalls ist die Steigerung des Teuerungsindex ein Warnungszeichen, das man rechtzeitig beachten und sehr ernst würdigen sollte.

Abgelehnter Verwendungszwang.

Beschlüsse der Arbeitsausschüsse des Reichswirtschaftsrates.

Für eine Menge landwirtschaftlicher Produkte hatte der Reichsernährungsminister vom Reichswirtschaftsrat Gutachten darüber verlangt, ob ein staatlich festzusetzender Verwendungszwang angemessen sei. Die zur Vorbereitung der Gutachten eingesetzten Arbeitsausschüsse haben mit den Ausnahmen für Holz und Seifentag vorläufige Beschlüsse gefaßt, denen der endgültig beschließende wirtschaftspolitische Ausschuss sich anschließen dürfte.

Bei Mais wird der Verwendungszwang höchstens als zufällige und durchaus vorübergehende Maßnahme ins Auge gefaßt, grundsätzlich aber abgelehnt. Der Verwendungszwang für Zichorie wird abgelehnt. Es läge im volkswirtschaftlichen Interesse, den deutschen Zichorienanbau zu erhalten. Bei Verstärkung der monopolartigen Stellung der wenigen Käuferfirmen müßte ein Eingreifen mit staatlichen Mitteln erfolgen werden. Der Verwendungszwang für Kaffee wird ebenfalls abgelehnt; die Reichsregierung möge sich für die Förderung der Magermilchverwendung einsetzen, eventuell unter Verwendung öffentlicher Mittel. Bei Gerste- und Malzverbrauchsweide gelangte der Arbeitsausschuß einstimmig, und zwar mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage, zur Ablehnung des Verwendungszwanges. Nur durch Zusammenarbeit der beteiligten Wirtschaftskreise, nicht durch Zwangseingriffe seien die Verhältnisse auf dem deutschen Braugerstenmarkt zu bessern. Auch für Wolle führe ein allgemeiner gesetzlicher Verwendungszwang nicht zur Behebung der Schwierigkeiten. Wenn auch die

deutsche Schafhaltung bei der bevorstehenden Umstellung minderwertiger Böden eine erhöhte Bedeutung gewinnen könnte, so sei doch nur zu erwägen, ob bei der Vergabung öffentlicher Aufträge für die Verwendung deutscher Schafwolle neue Möglichkeiten zu schaffen sind. Ein Verwendungszwang für Kaps und Rüben hält der Ausschuss nicht für ein geeignetes Mittel, die Erhaltung des Vestruchtanbaues in Krisenzeiten zu sichern. Der Verwendungszwang für deutsche Karpfen wurde vom Arbeitsausschuß abgelehnt, und zwar ohne Angabe einer Begründung.

Es ist geradezu verwunderlich, daß der Ernährungsminister nicht auch nach Gutachten über den Verwendungszwang für Bomster und Grünberger Trauben, Lübbener Gurken und Pasewalker Spritzkuchen angefordert hat.

Ruhrkohlenyndikat erneuert!

Eine einzige Zeche hat sich noch nicht erklärt.

Gestern endlich ist die freiwillige Verlängerung des Vertrages über das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat zustande gekommen. Es zeigt sich also, daß die Herren an der Ruhr nur so lange auf „Zwangseingriffe“ schimpfen, so lange es ungefährlich ist. Seht, da die Reichsregierung von sich aus das Ruhrsyndikat nicht mehr verlängert hätte, ist die Einigung erfolgt, aus Angst vor einem ruinösen Preiskampf um den Kohlenmarkt. Für eine kleine Zeche, die Niederrheinische Bergwerks-A.-G. (8 Mill. M. Kapital), ist die Erklärungsrfrist noch einmal bis zum 2. Juli verlängert worden. Selbst wenn diese Zeche nicht ihren Beitritt erklären sollte, ist die Verlängerung des Syndikats bis 1942 gesichert, da alle anderen Zechen sich auch für den Fall des Nichtbeitritts der Niederrheinischen Bergwerks-A.-G. gebunden haben.

Die Hoover-Hauffe.

Burgstraße. — Internationale Börsen. — Deutsche Anleihen.

Der vom Statistischen Reichsamt errechnete deutsche Aktienindex (1924/26 = 100) ist in der von der Hoover-Aktion so stark beeinflussten Woche vom 22. bis 27. Juni von 73,1 auf 76,1 Proz. gestiegen. Die Gruppe Bergbau und Schwerindustrie zeigte eine durchschnittliche Kurssteigerung von 66,2 auf 74,1, die Gruppe verarbeitende Industrie von 63,5 auf 69,2 und die Gruppe Handel und Verkehr von 86,1 auf 100,8 Proz.

Bei 12 internationalen Börsen werden von dem „American-Economic News Service“ für die Woche vom 20. bis 27. Juni (Ende 1927 = 100) durchschnittliche Kurssteigerungen von 54,0 auf 62,1 Proz. gemeldet. Davon für Berlin eine Steigerung von 38,7 auf 44,7, für London von 37,6 auf 43,3, für New York von 75,0 auf 84,9 Proz. Die stärksten durchschnittlichen Kurssteigerungen wurden in Paris, Brüssel und Stockholm erzielt, die geringsten (von 45,4 auf 46,9 Proz.) in Wien.

Die deutschen Auslandsanleihen konnten ihre Kurse bisher noch weiter erhöhen. Die 7 1/2prozentigen Dollaranleihen stiegen vom 20. bis zum 27. Juni von 86,3 auf 90,8 Proz. in New York und von 83,4 auf 88,2 Proz. in Amsterdam. Die 6 1/2prozentigen verbesserten ihre Durchschnittskurse von 72,3 auf 78,0 Proz. in New York und von 69,4 auf 76,2 Proz. in Amsterdam. In New York ist die Young-Anleihe von 72 auf 75 Proz. weiter gestiegen, in London trat eine Befestigung von 66 auf 74 1/2 Proz. ein. Im Durchschnitt ist die Young-Anleihe in New York, London, Paris, Amsterdam, Zürich und Berlin in der Woche vom 20. bis 27. Juni um rund 10,5 Proz., in den vierzehn Tagen bis zum 27. Juni um insgesamt 17 Proz. gestiegen.

Belegschaftsabbau bei Preußengruben.

Preisrückgänge. — Käuferstreik. — Syndikatserneuerung.

Die Abkürzungen vom 31. Dezember 1930 der dem preussischen Staat gehörigen Gruben Bergwerksgesellschaft Hibernia (Verlust von 0,47 Millionen Mark) und Bergwerks-A.-G. Reddinghausen (4 Proz. Dividende) wurden von den Generalversammlungen genehmigt.

Die Beschäftigung im laufenden Jahre ist nach Maßgabe der Verwaltung noch schlechter geworden, so daß die Belegschaft weiter vermindert wurde. In der Zeit vom 1. Januar 1930 bis 30. Juni 1931 hat der Belegschaftsabbau bei Hibernia 21 Proz., bei Reddinghausen 20 Proz. betragen. Auch die Zahl der eingeleiteten Feierkisten ist gestiegen, da in diesem Jahre durchschnittlich nur 19 Arbeitstage im Monat gearbeitet wurde; das bedeutet also eine Verkürzung der Arbeitszeit und der Verdienste um mehr als 20 Proz.

Ferner wurde über den Rückgang der Kohlenpreise geklagt, die im Juni um 12 Proz. unter den Preisen zur gleichen Zeit des Vorjahres gelegen hätten. Die 6prozentige Lohnsenkung hätte die Einnahmeausfälle nicht ausgleichen können. Stärker noch seien die Preise für die Nebenprodukte und auch für schwefelhaltiges Ammoniak zurückgegangen. Das letztere Produkt spielt aber für die Bilanz und die Erfolgsrechnung der Hibernia seit der Übernahme einer Stickstoffanlage von der Gewerkschaft Mont Genis eine große Rolle; die Verluste des letzten Jahres sind in erster Linie auf diese Angleberung zurückzuführen.

Die Verwaltung der Preußengruben hofft, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat von seinen Mitgliedern freiwillig um 10 1/2 Jahre verlängert wird. Dadurch würde eine Befestigung des Kohlenablaufes eintreten, da sich die Käufer jetzt in Erwartung eines syndikatlosen Zustandes stark zurückhielten.



Sie haben die Macht.

Ges. des Reichs
12% Kava
15% Brannt
20% Wein
27% Spirit
Lohnsteuer (Einkommensteuer)

KRETTNER INDIANER 10

Rein Übersee-Zigarre und doch nur

Ihren Lebensstandard zu verbessern. Zwar sind die Preise mancher Waren noch nicht auf dem Stand, auf den sie gehören. Auf dem Zigarrenmarkt aber haben wir hervorragende Qualität auf den billigsten Preis gesetzt. Wenn Sie heute unsere reinen Übersee-Zigarren für 10 Pfg. kaufen können und trotzdem mehr ausgeben, gehören Sie zur Klasse der Verschwender. Alle anderen aber rauchen:

Nazi-Banditentum.

Chemaliger SA-Mann halb totgeschlagen.

In der Wilmersdorfer Straße wurde gestern Abend ein abtrünniger SA-Mann von seinen früheren „G.s“ überfallen. Als der Ueberfallene die Flucht ergreift, um sich weiteren Mißhandlungen zu entziehen, wurden hinter ihm etwa acht Schüsse abgefeuert, die jedoch sämtlich ihr Ziel verfehlten.

Der Ueberfallene ging gegen 1/2 Uhr an dem Verkehrsknoten der Hafentkreuzer in der Wilmersdorfer Straße vorüber, als er früheren „Kampfgenoßen“ direkt in die Arme lief. Der frühere SA-Mann wurde sogleich verprügelt. Es gelang ihm, sich von seinen Gegnern zu befreien und davonzulaufen. Als das Ueberfallkommando erschien, waren die Täter verschwunden. Eine Waffendurchsuchung des Nazilokals verlief ergebnislos.

Eine Gruppe von etwa 80 Hafentkreuzern marschierte in den gestrigen Abendstunden lärmend und johlend die Hubertusallee in Richtung des Kurfürstendamms entlang. Als ein Polizeibeamter den Zug auflösen wollte, wurde er von der Goebbelsbande verhöhnt. Erst als das Panzarsignal des anrückenden Ueberfallkommandos erklang, stoben die „Helden“ nach allen Seiten auseinander und entkamen in den Seitenstraßen.

Neubau der Buhlebrücke in Köpenick.

Die vorhandene hölzerne Buhlebrücke im Zuge der Biesdorfer Straße ist so baufällig, daß eine sofortige Erneuerung unumgänglich ist. Die Brücke ist in einfachster Form hergestellt und mußte bereits, um einen völligen Zusammenbruch zu verhüten, durch einen auf Pfählen gelagerten Hilfsträger provisorisch abgestützt werden. Trotdem beträgt die Tragfähigkeit nur 3,1 Tonnen. Da die Biesdorfer Straße die einzige Zufahrt zu dem zwischen Buhle und Buhleide liegenden Wohnviertel von Köpenick bildet und eine Umleitung des Verkehrs völlig unmöglich ist, soll jetzt ein Neubau errichtet werden. Das neue Bauwerk soll in einer Breite von 12 Meter in Beton mit eingelagerten eisernen Trägern ausgeführt werden. Die Gesamtkosten betragen 150 000 Mark. Der Magistrat hat dem Neubauprojekt zugestimmt mit der Maßgabe, daß die erforderlichen Mittel aus der von der Reichsbahn für die neue Monumentenbrücke an die Stadt zu zahlende Abfischungsumme von rund 350 000 Mark bereitgestellt werden.

Allgemeine Wetterlage.



Innerhalb der Kaltluft, die jetzt den größten Teil von Deutschland überflutet hat, hat sich über der Nordsee nach kräftigem Druckanstieg ein Hochdruckgebiet ausgebildet. Das Wetter stand im ganzen Reich am Dienstag unter seinem Einfluß, und auch am Mittwoch wird voraussichtlich das Hochdruckwetter bestehen bleiben, obwohl das Maximum von der Nordsee rasch ostwärts weiterzuwandern und ihm eine jetzt bei Irland befindliche Störung nachzufolgen scheint.

Wetterausblick für Berlin: Heiter und wieder etwas wärmer, schwache Luftbewegung. — Für Deutschland: Im ganzen Reich beständiges und heiteres Sommerwetter.

Sport.

Trabrennen zu Ruhleben am Dienstag, 30. Juni.

- Ruben-Preis. 1. Nini (H. Schmidt); 2. Duerant; 3. Guberta; 4. Adelstein. Toto: 810; 10. Wap: 17, 13, 21, 25; 10. Ferner liefen: Dery-As, Gustanella, Lohndorf, Landstreicher, Humarich, Priar, Grotel, Königsbarn, Beta Lee.
- Alpen-Preis. 1. Ovation (H. Schmidt); 2. Biegelstieber; 3. Herold. Toto: 56; 10. Wap: 17, 16; 10. Ferner liefen: Putte, Dattel, Ceflame, Zurnsalle, Barbar, Urtula, Peter Arent, Natrium.
- Bäder-Preis. 1. Queck (Ed. Mills); 2. Charita M.; 3. Banco Duff. Toto: 24; 10. Wap: 10, 10; 10. Ferner liefen: Wilkes, Harfenmädchen, Dolort, Rubin.
- Präsidenten-Preis. 1. Tonkwall (Ed. Mills); 2. Adria; 3. Wimi B. Toto: 54; 10. Wap: 15, 11; 10. Ferner liefen: Hardest Prisco, Coar Maid.
- Reisen-Preis. 1. Bizaro (Schmüning); 2. Bektia; 3. Landjunker. Toto: 23; 10. Wap: 13, 13, 19; 10. Ferner liefen: Constantin Frisco, Nestor, Dornhuf, Aurels, Nabelene, Schoutwilde, Otto Batts.
- Neße-Preis. 1. Armin (Arutthof jr.); 2. Tislan; 3. Neze. Toto: 19; 10. Wap: 13, 13, 22; 10. Ferner liefen: Nöglich, Paulinus, Ustein, Dohle, Britten.
- Sommer-Preis. 1. Herblaster (Obbe); 2. Kordpel; 3. Champignon; 4. Krogan. Toto: 72; 10. Wap: 15, 18, 20, 19; 10. Ferner liefen: Edelmeister, Guy de Bal, Fahrnenber, Cortes, Carre, Balmeite, Lord Korbes, Max Auler, Beat, Biederberg (a. B.), Dorfnerin, Siegesadler, Hofkingsmichel, Einjelder, Luthiges Mädchen.
- Ultimo-Rennen. 1. Diefog (H. Ann); 2. Diane; 3. Holan; 4. Krieger. Toto: 45; 10. Wap: 11, 12, 12; 10. Ferner liefen: Florine, Berschwender, Dominante, Helfried, Interball, Wiggold, Margarete, Quäfer, Dania.
- Wiederholungs-Rennen. 1. Köppler (H. Schmidt); 2. Dejen Willat; 3. Grotel; 4. Nebelkappe. Toto: 127; 10. Wap: 22, 27, 31, 28; 10. Ferner liefen: Hippologie, Obersteiger, Brachpeter, Klippfische, Schreyne, Behrd, Alendurg, Prijsel, Diamett, Costa Rica, Wally A., Delft.

Gegen den Naziterror

Protestversammlung der Sozialistischen Studentenschaft gegen den Naziterror an der Universität heute 20 Uhr im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin SS 43, Lindenstraße 2. Reis an das Bezirkssekretariat: 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Erweiterter Bezirksvorstand.

Sitzung des Erweiterten Bezirksvorstandes am Freitag, 3. Juli, pünktlich 19 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen.

Beginn aller Veranstaltungen 19 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 1. Juli:

- 1. Kreis, Bezirksrat des Rosenhalses Str. 40-41, Kreismitgliederversammlung, Reich Kuttner, M. S. 2.: „Der politische Lager“. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
- 121. Abt. Zusammenkunft des Verbandes Wählerstr. 14 beim Genossen Buchweit, genaue Bekanntschaft der Arbeitsgemeinschaft junger Parteimitglieder.
- 149. Abt. 20 Uhr bei Dreyse, Berliner Str. 75, Sitzung aller Funktionäre.

Morgen, Donnerstag, 2. Juli:

- 6. Abt. Die Bezirksführer müssen bis spätestens Donnerstag mit dem Raßler abrechnen.
- 20. Abt. 20 Uhr bei Stempel, Schwabenstr. 13, Ausspracheabend: „Falschmann“.
- 32. Abt. Funktionärsitzung bei Hofst, Bernauerstr. 8.
- 117. Abt. Funktionärsitzung bei Siemer, Rent. Gde Schillerstraße.
- 128. Abt. 18 Uhr Vorhandlung, 20 Uhr Funktionärsitzung im Märkischen Belt, Pantow, Breite Str. 14.

Frauenveranstaltungen.

- 123. Abt. Heute, Mittwoch, 1. Juli, im Lokal „Hörheim“, Rauscher-Str. 10, Raßlerabend. Abmarsch 15 Uhr zum Lokal „Hörheim“.
- 123a. Abt. Heute, Mittwoch, 1. Juli, im Lokal „Hörheim“, Familienkaffeeabend, Kinderpreise. Die Genossen sind ebenfalls eingeladen.
- 127. Abt. Donnerstag, 2. Juli, 20 Uhr, im Volkshaus, Schornweberstr. 114, wichtige Funktionärsitzung.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

12. Kreis, Arbeiterwohlfahrt und Frauenabteilung: Donnerstag, 9. Juli, Dampfstraße nach Regenbald. Abfahrt 9 Uhr Schillingstraße. Die Karten sind bei allen Funktionären zu haben. Fahrpreis hin und zurück 90 Pf. Erwerbslose Genossen frei.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Zeitungshilfsaktion findet nicht heute, sondern morgen, 20 Uhr, im Festsaal der Partei statt.
- Kreis Mitte: Hilfsaktion. Treffen 11 1/2 Uhr vor dem Haus Woganzstr. 6-7.
- Kreis Friedrichshagen: Wir gehen in Trebbenerpark in Grünauausflieg.
- Kreis Neukölln: Hilfsaktion. Ab 11 Uhr Rathaus, Nummer 20. Erster Abrechnungstag heute ab 18 Uhr Parade Ganghoferstraße. Comabend, 4. Juli, Fahrt ins Jung- und Rotfalten nach Coagenhagen. Treffen 15 Uhr Hof, Demmannstraße. Unkosten 1 M.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

42. Abt. Am Montag, 29. Juni, verstarb die Frau unseres Genossen Paul Böhmert. Eine ihrem Andenken Gedenkfeier Freitag, 3. Juli, 19 Uhr, im Krematorium Gerickestraße. Wir bitten um rege Beteiligung.

Stierdurch erfüllt ich die feierliche Pflicht, allen Freunden und Bekannten von dem Ableben des 84 Jahre alten Puhers

August Matthes

Diebstahls-Str. 5

Kenntnis zu geben.

B. Hahn
Wälder Str. 11.

Die Gedenkfeier findet am Donnerstag, dem 2. Juli, 19 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Beim Hinscheiden meines lieben Mannes

Wilhelm Gieshoff

sind mir von den Genossen und den Freunden des Bestattens so zahlreiche Beweise der Anteilnahme zugegangen, daß ich mich jedem persönlich zu danken vermag.

Ich bitte, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank abzulassen zu dürfen.

Frau Emma Gieshoff.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung, Betriebsräte!

Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 12 ist erschienen und kann gegen Vorzahlung der Legitimationskarte des Betriebsrats-Obermannes im Verbandshaus, Zimmer 5 täglich bis 4 Uhr, freitags bis 7 Uhr, entnommen werden.

Die Ortsverwaltung.

Schwerhörige

Hören sofort wieder mit dem ärztlich empfohlenen ORIGINAL-ARISTIN-APPARAT mit neuestem Mikrofon! — Noch Besseres gibt es nicht! —

Deutsche Akustik Gesellschaft m. B. H. Aelteste u. führende Spezialfabrik

Verkauf u. Vorführung:

Berlin-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Hilfstr. 44, Einp. Brucherstr.
Kaminherdort-Ost, Brünner Str. 6

Verl. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos! Auf Wunsch Zahlungsanweisung

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SS 43, Lindenstraße 2

Die Sympathieplakette wird nach Verkauf von den Gruppen abgerechnet. Ebenso müssen die Genossenschaftskarten abgerechnet werden.

SS: Heute 20 Uhr Funktionärsitzung, beim Lindenstr. 4, vorn 1 Tr.

Abteilungsmittgliederveranstaltungen heute, Mittwoch, 19 Uhr:

Gesundheitsrat: Christianstr. 38 — Gesundheitsrat, H. F.: Colenbutger Straße. — Lichtent: Fochstraße. — Wilmers: Wilmersstr. 1. — Döberitz: Wilmersstr. 1. — Fällenberg: Dönhofs. — Friedrichshagen: Friedrichstr. 37. — Friedrichshagen: Guterstr. 44. — Lichtent-Witz: Schornweberstr. 20. — Pantow, H. F.: Altkönigsstr. 48. — Wilmers II: Treffpunkt zum Werben 18 1/2 Uhr beim Genossen Klotz.

Westen: Genthiner Str. 17: „Politische Satire“. — Follplatz I: Treffpunkt zur Demonstration 17 1/2 Uhr. — Follplatz II: Treffpunkt zur Demonstration 18 1/2 Uhr. — Sportplatz Friedrichshagen. — Süden: Nordstr. 11: Funktionärsitzung. — Kollberg: 18 Uhr Stadtpark Wilmers. — Reich des Werberates der ZVd. — Lichtent-Witz: Treffpunkt zur Demonstration 17 1/2 Uhr. — Fällenberg-Kollberg: Treffpunkt 17 Uhr zur Besichtigung am Sportplatz im Stadtpark.

Bezirksrat Tegel: Gemeinsame Sitzung der Bezirke. Fest- und Feiernsanktionen 19 Uhr beim Genossen Schlegel, Jagowstr. 40. — Krogan B. F.: Buchhandlung ebendort.

Bezirksrat Prenzlauer Berg: Alle Genossen in Fällentanz mit Fahnen und Wimpel 18 1/2 Uhr Sportplatz Friedrichshagen.

Bezirksrat Lichtent: 17 Uhr Treffen zum Sportplatz-Werbesitz vor der Jagendbühne. Katholischer Stadtpark an der Pantow. Die Bildschaltung von Jellinger müssen unbedingt zurückgegeben werden.

Bezirksrat Neukölln: Zusammenkunft der Abteilungsleiter 18 Uhr Ganghoferstraße. Sprechstunde von 17 1/2-19 1/2 Uhr ebendort. — Sprechstunde 19 1/2 Uhr Kamer Straße.

Bezirksrat Mitte, Osten, Obersee und Lichtent: Zum Jugendtag am 4. Juli in Petersbogen müssen alle Parteien Trinkscheit und Karten mitbringen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaft: Berlin S 14, Gehlstraße 17-23, Hof 2. Et.

Mittwoch, 1. Juli. Mitte, 1. Kameradschaft: 20 Uhr Antritt bei Spiegel, Kottb. 1. Jnl. Pflichtveranstaltung. Fahrt nach Gerau oder Berlin (siehe nicht hat). Tegel, 1. Kameradschaft: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Schmidt, Wilmersstr. 1. Friedrichshagen (Jugendbann): 19 Uhr Mitgliederversammlung in Bundesleitung (grünes Band, blaue Wäpfe) auf dem Sportplatz Friedrichshagen. Charlottenburg, Kameradschaft Spre: Mitgliederversammlung bei Dabr, Kaiserin-Augusta-Allee 42. Pantow (Ortsverein): 19 Uhr Sitzung des Reichsleitungsrates und der Reichsfahrt bei Reumann, Pantow, Neubauer, 17. 20 1/2 Uhr im gleichen Lokal Zug- und Gruppenführerbesprechung. Prenzlauer: 19 1/2 Uhr Antritt im Vereinslokal zum Jubiläumabend, Kameradschaft. — Donnerstag, 2. Juli. Pantow (Ortsverein): 20 Uhr Abendabend für Jugendtag zur Verabschiedung im Lokal Wolfshagen, Wilmersstr. 1. Tegel: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Schmidt, Wilmersstr. 1. Wilmers (Ortsverein): 20 Uhr Mitgliederversammlung im Berliner Hof, technische Funktionäre 19 Uhr. Abteilung II: Luthische Wilmersstr. Wilmers. — Veranstaltung Tegel, 2. Kameradschaft: Sonntag, 12. Juli, Dampfstraße nach Zehlendorf. Fahrpreis 1 M. Karten bei den Funktionären erhältlich.

Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshilfsarbeiter: Mithras, Gau Berlin, Bezirk Ost V. Mittwoch, 1. Juli, 20 Uhr, Mitgliederversammlung, Schmidt Gesellschaftshaus, Gerickestr. 16a.

Socialista Espanola Asocio. Ni kunvenos nin venonant redondon en Metallarbeiter-Verbandshaus, Eingang Elsassstr. 37, Zimmer 1. Tema: „Mia Esperanto“. Komenco: 8 30 vesp. Dimancon 3. 7. veturado al Fängey-See. 1/2 renkontigo Bld. Strausberg.

Langslow English Debating Club. Mittwoch, 20 Uhr, Zahnärztshaus, Bülowstr. 104, Gutmansaal Mr. J. Bulman Smith, M. A.: „The Magic of Memory“

Gratia-Sparfassenblätter. Eine höchst willkommene Einrichtung, besonders in heutiger Zeit, hat die deutsche bekannte Firma H. Joseph u. Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55, getroffen, indem sie den Kindern ihrer Kunden bei Einlösen jeweils Mittwochs, am Kindertag, kostenlos Gratiafassenblätter einrichtet. An diesem Tage werden auf alle Einlöse Sparfassenblätter verabreicht, welche von der Sparkasse der Stadt Berlin und ihren sämtlichen Geschäftsstellen zur Einlösung eines Kinderparcours in Zahlung genommen werden. Auskunft erteilen alle Filialen des Warenhauses H. Joseph u. Co., Neukölln.

KLEIDER-TAGE

bei C&A BRENNINKMEYER

In fünf Serien!

Das bedeutet mehr als ein alltäglicher Kleider-Verkauf.

Das bedeutet selbst im Rahmen der bei uns gewohnten Preise eine einmalige wirkliche Gelegenheit

schönste, modernste Kleider wirklich spottbillig zu kaufen. (Auch zur Reise!)

Am 1. Juli geht's los!

EILEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40
Am Granianplatz

Chausseest. 113 Königstraße 33
Beim Stadthaus-Bahnhof Am Bahnhof Alexanderstr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Worum der Streit in Paris geht.

Hoover wird nicht nachgeben.

Washington, 30. Juni.

Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, der Streit mit Frankreich drehe sich nur um folgende Punkte:

1. Amerika wolle, daß die deutsche Regierung den ungezüglichten Teil alsbald in voller Höhe zu Budgetzwecken zurückhalte;

2. daß die Rückzahlung dieses Kredits in 25 Jahren erfolge. Man deutete zu diesen Punkten an, daß man eventuell auf eine kürzere Zeit, etwa 10 oder 15 Jahre heruntergehen werde, nicht aber auf 5 Jahre;

3. die Frage des Garantiefonds gehe nicht Amerika an. Diese Angelegenheit müsse Frankreich mit den übrigen Young-Plan-Gläubigern regeln.

Zusammenfassend wird erklärt, man sei nicht entmutigt, sondern erhoffe eine baldige Einigung, da ein Fehlschlag katastrophal wäre.

Im Weißen Hause wurde die übliche Presskonferenz für heute abgefragt. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die

Lage zur Zeit ernst und unbestimmt

sei, da Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allem ehrlichen und ernstlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hoover-Planes preiszugeben.

Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für die Heiligkeit des Young-Plans ab, und man erklärt es für widerständig, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unausschiebbaren Teils ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle.

Hoover besprach die Lage heute in einer längeren Kabinettsitzung, an der Coffie und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telephoniert hatte. In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen, daß Hoover nicht nachgeben,

aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nötigenfalls ohne Frankreich helfen könne.

Als haltlos werden die Redungen bezeichnet, wonach man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde. In Erinnerung daran, daß Kellogg bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im August 1928 Frankreich und Irland, aber nicht London besuchte, wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Fehlschlagens der Pariser Verhandlungen Hoover

Stimson anrufen könnte, nicht nach Paris zu gehen.

In der hiesigen Presse teilt man die pessimistische Auffassung der Lage nicht in diesem Maße. Die republikanische „Washington Post“ und die demokratische „Baltimore Sun“ vertreten den Standpunkt, daß man Frankreich Zeit geben müsse und eine Einigung sich schließlich doch erzielen lassen werde.

Die Pariser Senatsdebatte.

Paris, 30. Juni. (Eigenbericht.)

Im Senat begann gegen 6 Uhr abends die angekündigte Debatte über die Interpellation des Senators Lemery betreffend die französische Antwort auf den Vorschlag Hoovers. Der Interpellant führte aus, Frankreich befinde sich heute in einer ähnlichen Lage wie im Jahre 1929, als es mit derselben Eile das Washingtoner Schuldenabkommen ratifizieren mußte.

Der Redner wies dann darauf hin, daß der amerikanische Kongress noch nicht den Vorschlag Hoovers gebilligt habe, aber selbst wenn man diese Ratifizierung voraussetze, könne niemand glauben, daß sich die Lage Deutschlands in einem Jahre so gebessert habe, daß es seine Zahlungen wieder aufnehmen kann.

Der Vorschlag Hoovers sei nur verständlich, wenn er auf längere Zeit als ein Jahr angewandt werde.

Dann sei es aber unmöglich, das französische Budget mit Hilfe von einfachen Buchungsvorwerken auszugleichen. Die fehlenden zwei Milliarden Franken müßten dann durch neue Steuern aufgebracht werden. Auf diese Weise würden schließlich die Franzosen die deutschen Reparationen zahlen. Wenn das erst vor einem Jahre im Haag feierlich vorgenommene Abkommen annulliert werden sollte, dann gäbe es überhaupt kein Vertrauen mehr zu Unterschriften. Dabei seien die ungezüglichten Annuitäten mit äußerster Vorsicht von den Sachverständigen berechnet worden. Keiner der Signatäre der Haager Abkommen habe denken können, daß Deutschland unfähig sein würde, sie zu zahlen.

Stattdes der Stahlhelm Paraden vor dem Kronprinzen. Frankreich nehme jetzt den Hoover'schen Vorschlag an, aber die deutsche Presse antwortete mit Beleidigungen. Der Friede sei nicht möglich, wenn Beiträge nicht geachtet werden. (Lebhafter Beifall auf zahlreichen Bänken.)

Der nächste Redner, der frühere Ministerpräsident Millerand, erklärte darauf, er werde für die Regierung stimmen, denn die Schwierigkeiten Frankreichs seien schon so groß, daß sie nicht noch durch eine innenpolitische Krise kompliziert werden dürften. Frankreich sei durch zahlreiche Bande an Amerika geknüpft und müsse Wert darauf legen, eine so kostbare Freundschaft aufrechtzuerhalten. Aber man müsse Amerika zu verstehen geben, daß diese Freundschaft durch eine neue Kraftprobe wie die jetzige gefährdet werden würde. Millerand sprach dann von dem bevorstehenden Besuch der deutschen Minister und erklärte, er sei nicht dagegen, denn eine Unterhaltung mit der Reichsregierung sei notwendig; aber sie hätte nur dann einen Zweck, wenn dabei Frankreich die Forderung stelle, daß Deutschland ein Vocarno für den Osten (Anerkennung der jetzigen polnischen Grenze) nicht abschläge und feierlich auf den Anschluß Österreichs verzichte. Wenn Deutschland diese beiden Vorschläge aufrichtig an-

nehme, dann sei die deutsch-französische Annäherung zur Wirklichkeit geworden. (Beifall rechts.)

Der radikale Senator de Jouvenel führte aus, daß die wirtschaftliche Krise Deutschlands nicht auf die Zahlung der Reparationen zurückzuführen sei. Eine ähnliche Krise bestehe in Amerika, das keine Reparationen zu zahlen habe. Im übrigen hätten sich die deutschen Kapitalien in den letzten zehn Jahren um 30 Milliarden Mark erhöht. Die Wahrheit sei, daß die

Krise durch die Septemberwahlen verschärft

worden ist. Nach diesen Wahlen habe das Ausland das Vertrauen zu Deutschland verloren und jetzt müsse Deutschland die Konsequenzen tragen. Das Vertrauen sei durch das Anschlußprojekt gänzlich untergraben worden. Er sei für einen Zahlungswaffenstillstand, aber unter der Bedingung, daß man in Deutschland mit allen Anstrengungen und Anschlußbestrebungen, sowie allen Kampagnen für eine Revision der Grenzen und Verträge Schluss mache.

Finanzminister Flandin verteidigte dann in ähnlicher Weise wie in der Kammer den französischen Gegenvorschlag, der einem Transfermoratorium vorzuziehen sei, und betonte vor allem, daß das Prinzip der Zahlung der ungezüglichten Annuitäten aufrechterhalten worden sei.

Ministerpräsident Laval führte aus, die Lage sei seit dem Kriege

niemals so ernst gewesen wie heute.

Die Reparationen seien nicht gefährdet. Der Young-Plan und die Abkommen vom Haag müßten aufrechterhalten bleiben. Er wies darauf hin, daß Frankreich vor allen Mächten von dem Vorschlag Hoovers in Kenntnis gesetzt worden ist. Es sei wünschenswert, fügte er hinzu, daß eine deutsch-französische Aussprache stattfinden, und zwar so schnell wie möglich.

Der Präsident des Senats verlas darauf die beiden eingebrachten Tagesordnungen, von denen die des Senators Victor Bérard der Regierung das Vertrauen ausdrückt. Die zweite, die von dem Senator Michel eingebracht wurde, billigte nur die Erklärung der Regierung und verlangte zu gleicher Zeit, daß die Regierung die Gelegenheit des amerikanischen Vorschlages benutze, um die Abrüstungsfrage in wirksamer Weise zu regeln. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung nehme die Tagesordnung Bérards an, die schließlich vom Senat mit 197 gegen 5 Stimmen bei 90 Stimmenthaltungen gebilligt wurde.

Hoover-Plan und Zollunion.

London, 30. Juni.

Im „Daily Herald“ nimmt B. R. Emer, der außenpolitische Redakteur des Blattes, Stellung zur deutsch-österreichischen Zollunion unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage. Der Verfasser stellt fest, daß Frankreich und Italien von Deutschland gern das Versprechen erlangen würden, die Zollunion mit Österreich aufzugeben, zum mindesten aber aufzuschieben. Deutschland würde aber die Forderung auf Abgabe eines solchen Versprechens ohne Rücksicht auf die Folgen ablehnen. Deutschland sei es, so fährt Emer fort, weniger um die Zollunion selbst zu tun als um das Recht auf Abschluß eines solchen Vertrages, denn die deutsche Desaffinität empöre sich, daß es Dinge geben solle, die allen Ländern erlaubt, Deutschland aber verboten seien. Nur eine Befreiung Deutschlands von dieser Empfindung könne die gegenwärtige Lage in Europa erleichtern. Der Zusammenstoß von Chequers hätte der Gedanke zu Grunde gelegen, der ganzen Welt zu zeigen, daß für Großbritannien Deutschland mit jedem anderen Lande auf gleicher Stufe stehe und daß die britische Diplomatie

in der Politik keine meistbegünstigte Nation

kenne. Dieses Werk Englands werde durch den bevorstehenden Besuch seiner Minister in Berlin fortgesetzt. Emer schließt seinen Artikel mit dem Wunsch, daß der deutsche Besuch in Paris zu einer Milderung der französischen Haltung gegenüber Deutschland führen möchte.

Italien verzichtet auf Zahlungen.

Washington, 30. Juni.

Die italienische Regierung ließ durch ihren hiesigen Botschafter dem Staatsdepartement mitteilen, daß Italien vom 1. Juli ab auf die ihm von den Schuldnerländern zustehenden Zahlungen vorläufig verzichte werde.

Reaktionäre Hehe.

Gegen den Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ verschwendet in ihrer Morgenausgabe vom Montag eine ganze Spalte mit Angriffen gegen den Reichs-Arbeiter-Sporttag und die Arbeiter-Sportorganisation.

Das nationalliberalistische Hehblatt spielt sich als Hüter der schwarzrotgoldenen Reichsfarben auf, indem es den Veranstalter des Reichs-Arbeiter-Sporttages den Vorwurf macht, Schwarzrotgold nicht gezeigt zu haben. Es fälscht dabei die Bestimmungen des Ueberlassungsvertrages um und behauptet, der Vertrag verlange die Hissung der Reichsflagge an „hervorragendster“ Stelle. Tatsächlich grüßten die schwarzrotgoldenen Farben die Besucher schon, ehe sie im Stadion selbst waren: Quer über dem großen Brückenbogen war ein schwarzrotgoldenes Tuch in 20 Meter Länge und 3 Meter Breite gespannt. Derselbe Berichterstatter der „Börsen-Zeitung“, der dieses riesengroße schwarzrotgoldene Tuch nicht gesehen hat, hat auch nicht die schwarzrotgoldenen Flaggen entbedt, die auf der Haupttribüne gesetzt waren. Nicht gesehen hat der Berichterstatter auch die schwarzrotgoldenen Embleme, die beim großen Aufmarsch der Sportler unter anderem von den Reichsbanner-Sportabteilungen und der Havelaktionsgruppe Schwarz-Rot-Gold — die beide dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund angehören — getragen wurden.

Auf dem Hauptlaggenmast des Stadions war allerdings die Flagge des Kartells für Arbeitersport und Körperpflege gehißt, die einen roten Grund mit weißer Schrift hat. Es ist bedauerlich, daß man bei so gut unterrichteten Leuten, wie es offenbar die Mitarbeiter der „Börsen-Zeitung“ sind, nicht die Kenntnis voraussetzen darf, daß bei irgendeiner Veranstaltung auf dem Hauptlaggenmast die Fahne des Veranstalters gesetzt wird.

Vielleicht wendet die so aufmerksame „BZ.“ ihr Interesse einmal den Regatten der bürgerlichen Ruderklubs zu. Noch nie ist dabei auf den Regattatribünen in Grünau die schwarzrotgoldene Flagge gezeigt worden, wohl aber die schwarz-weißrote, die allerdings zu dem auch jetzt noch ausgefahrenen „Kaiservierer“ besser gepaßt.

Das Kartell für Arbeitersport und -Körperpflege hat, das sei dem Industrie- und Börsenorgan gesagt, auf jeden Fall den Ueberlassungsvertrag voll erfüllt, ohne, wie Goebbels, die Absicht schon vorher zu haben, die Vermieter zu hintergehen. Die Arbeiter-Sportler haben am Sonntag bei der Benutzung des Stadions keine „bevorzugte Behandlung“ erfahren, haben sie selbstverständlich auch nicht gewünscht.

Zu den Mitgliedern der modernen Arbeiterbewegung gehört auch der Kalenpfeierbund, der in einer kleinen Buchausstellung den Text zu dem Theaterstück „Die Matrosen von Cattaro“ selbst bot. Das steht die „Börsen-Zeitung“ als einen bündigen Beweis für den politischen Charakter des Reichs-Arbeiter-Sporttages an, ohne zu wissen, daß das Stück viele Male von der Freien Volksbühne aufgeführt worden war.

Diese Unterstellung kennzeichnet wohl am besten die wahre Tendenz des Angriffs der „Börsenzeitung“. Es geht ihr nicht um die Flagge Schwarzrotgold, die dieses rechtsradikale Organ lieber heute als morgen durch die „ruhmvollen kaiserlichen Farben“ ersetzt wissen würde, sondern es geht diesen Kreisen einzig und allein darum, bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Arbeiterbewegung zu hehen.

Zwei Todesurteile in Agram.

Gegen eines politischen Doppelmordes.

Agram, 30. Juni.

Heute wurde das Urteil im Agramer Terrakken-prozess verkündet. Die zwei Hauptangeklagten Mateo Hraanikowitsch und Matheus Soldin wurden wegen Ermordung des Zeitungsherausgebers Toni Schlegel und des Defektos Temsen sowie wegen Hochverrats zum Tode durch den Strang und außerdem zu 20 Jahren Kerker verurteilt. Ferner wurden wegen Hochverrats verurteilt Anton Herceg und Stefan Savor zu je 20 Jahren Kerker, Criznac zu 18 Jahren und Horvatel sowie Glab zu je 15 Jahren Kerker. Zwei Angeklagte erhielten Kerkerstrafen von 1½ bis 6 Jahren. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Hierzu erfahren wir von kroatischer Seite, daß die beiden zum Tode verurteilten Arbeiter — von Beruf Schriftsetzer — sind, denen die Mitwirkung von dem Attentat gar nicht nachgewiesen werden konnte. Die Haupttäter sind schließlich, die Verurteilten gehören lediglich ihrem Freundeskreise an.

In Jugoslawien hat man sich jüngst mit Recht über die Vollstreckung der italienisch-faschistischen Todesurteile gegen Slowenen in Trient entrüstet. Wird die jugoslawische Regierung nichts Eiligeres zu tun haben, als ihrerseits einen Justizmord zu verantworten?

Berliner Nazistudenten.



So liegen sie „der Wissenschaft ob“.

